:antifaschistische nachrichten

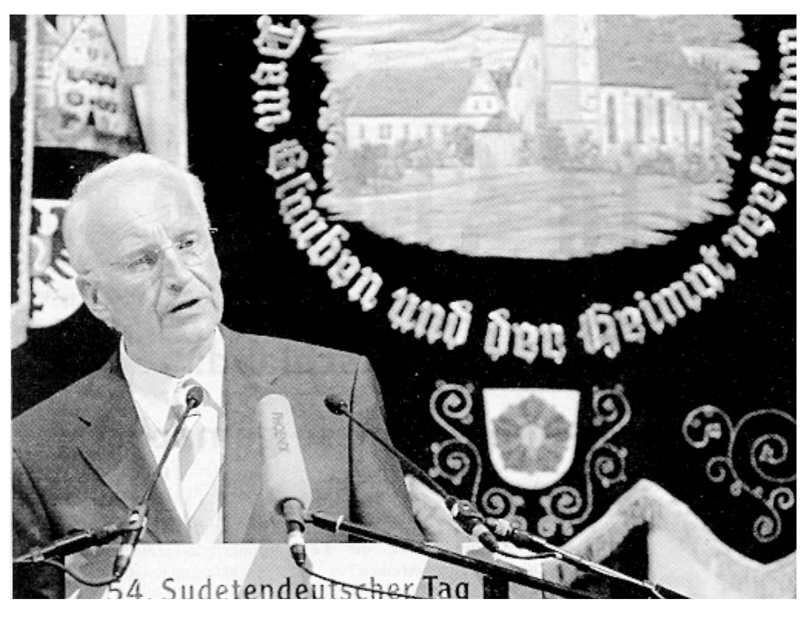
Nr. 13

g 3336 19.6.2003 19. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Sudetendeutscher Tag 2003

Stoiber fordert Gleichbehandlung mit Bosnien-Herzegowina, Kosovo und Kongo

60.000 sollen es nach Angaben der Veranstalter gewesen sein, die zum 54. Pfingsttreffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) in Augsburg zusammenkamen. Beobachter aus Augsburg halten das für übertrieben, aber 40.000 wären immer noch eine stattliche Zahl.



Jedenfalls war die Schwabenhalle im Augsburger Messegelände gut voll, als der schwäbische SL-Obmann und Showmaster Gerhard Müller die Hauptkundgebung eröffnete. Die stand, wie der bayrische Ministerpräsident und Hauptredner Edmund Stoiber (CSU) bekannt gab, „ganz im Zeichen der Erweiterung der Europäischen Union nach Osten". Der Erweiterungsprozess allerdings war nicht ganz nach den Vorstellungen von Stoiber und der CSU verlaufen. Am 1. Mai 2004 wird die Tschechische Republik Mitglied der EU werden, ohne vorher ihre Entnazifizierungsgesetze aus der Nachkriegszeit (sog. Beneš-Dekrete) aufgehoben zu haben. „Wir sind enttäuscht", erklärte Stoiber, und die Bundesregierung sei schuld. Die habe nämlich keinen Finger gerührt, um die Forderungen von CSU und SL durchzusetzen. Stoiber präzisierte seine Vorstellungen von den einschlägigen Aufgaben der Bundesregierung innerhalb „deutschen Demokratie" sowie außerhalb derselben folgendermaßen: „Selbstverständlich müssen wir immer wieder allen Verletzungen von Menschenrechten widerstehen. Das gehört zum Kernbestand der deutschen Demokratie und der deutschen Politik insgesamt – über alle Grenzen hinweg. Aber ich sage ganz offen: Wenn man gegenüber Menschenrechtsverletzungen klar und deutlich in Bosnien-Herzegowina oder im Kosovo oder im Kongo das Wort ergreift, dann erwarte ich von solchen Politikern, die Deutschland repräsentieren, eine Gleichbehandlung der deutschen gegenüber allen anderen Menschenrechtsverletzungen in der Welt." Wurden die Kriege in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo mit Worten geführt? Wird jetzt über Worteinsätze in der Republik Kongo debattiert? Wie passen Stoibers Sätze zu seiner späteren Aussage, die Charta der Heimatvertriebenen vom 5. August 1950 enthalte eine „Absage an jegliche Gewalt" und dies sei einer der Gründe, weshalb er, Stoiber, den 5. August als nationalen Gedenktag für die Opfer von Vertreibungen vorschlage? Die vorher zitierten Sätze, die vom Publikum – einschließlich dem Augsburger Oberbürgermeister Wengert (SPD) – mit heftigem Applaus quittiert wurden, stehen freilich nicht in Stoibers Redemanuskript und kommen folglich in den Presseberichten über den Sudetendeutschen Tag in der Regel nicht vor.

Eine spontane Eingebung Stoibers waren sie allerdings nicht. Das zeigt eine ähnliche Passage in der Rede des bayrischen Landtagspräsidenten und SL-Sprechers Johann Böhm (CSU). Er sprach von einem enttäuschten „Hoffnungssschub" im Zusammenhang mit der Aufnahme Tschechiens in die EU und fuhr dann fort: „Diese ist ja nicht etwa nur eine Wirtschafts- und Währungsunion; sie ist eine Rechte- und eine Wertegemeinschaft. Kann in dieser Gemeinschaft ein Land Platz haben, das im Rahmen einer ethnischen Säuberung ein Viertel seiner Bevölkerung verjagt hat? Am Balkan ließ doch erst vor wenigen Jahren die westliche Gemeinschaft ihre Militärmacht gegen solche ‚Säuberungen' aufmarschieren! Gelten dort andere Regeln als in Kerneuropa? Offenbar." Böhm verband diese Äußerung mit der Behauptung, sie (die Tschechen) hätten „bisher keine überzeugende Antwort auf die Frage gefunden, was sie zur Vertreibung und Enteignung der Deutschen legitimiert hat". Unter „den Übergriffen" Nazi-Deutschlands hätten schließlich etliche Länder zu leiden gehabt. „Fast alle haben nach Kriegsende Vergeltungsmaßnahmen gegen Deutsche durchgeführt. Kein Land aber hat so rücksichtslos ...

Aus dem Inhalt:

We'll rock YOU - NPD-Open-Air in Gera verhindern!

GERA. Am 21. Juni wollen der NPD-Landesverband und „freie Kameradschaften“ gemeinsam ein ganztägiges Open-Air in Gera veranstalten. Unter dem Motto „Rock gegen Krieg“ wollen sie sich als „volksdeutsche Friedensbringer“ profilieren. Dazu sollen Redner und Rechtsrockbands auftreten, Verkaufsstände und Imbiss sollen für Volksfestcharakter sorgen. Für einen Eintrittspreis von 15,- Euro sollen sich die zahlenden Gäste ein legales Nazikonzert anhören können, auftreten sollen „Sturm & Drang“, „Kommando Ost“, „Thor“, „Eugenik“ (Anti-Antifa-Aktivisten aus Gera), „Cardiac“ und weitere. Offizieller Anmelder ist der NPD-Kreisverband um Gordon Richter, Nico Hüfner, Andre Berghold (alle auch im NPD-Landesvorstand) und Jörg Krautheim. Angemeldet wurde ganztägig von 14 bis 22 Uhr, ab 14 Uhr soll Einlass sein ... Da der „nationale Widerstand“ in Gera zu zerbrechen droht, sollen mit diesem Aktionstag „nationale Kräfte“ in Gera wieder gebündelt werden. AntifaschistInnen aus Leipzig gehen angesichts des Datums von einer „offiziellen Sonnenwendfeier“ aus, die Rechtsrockband Eugenik spricht angesichts des Datums in ihrem Forum ein „Sonnenheil“ aus ...

Die Mobilisierung lässt Schlimmes erahnen: kaum eine Thüringer Naziseite, die nicht für das Konzert wirbt, mittlerweile wird sogar über die Landesgrenzen hinaus mobilisiert, auf der Homepage des NPD-Bundesvorstands ist der Termin besonders hervorgehoben. Wir nehmen an, dass sich nach Gera mindestens genauso viele Nazis mobilisieren lassen, wie jüngst zum „2. Thüringentag der nationalen Jugend“ nach Gotha. Dort feierten etwa 300 Nazis völlig ungestört bis in die Nacht und die Stadt wurde im Nachhinein von den Veranstaltern offiziell zur „national befreiten Zone“ deklariert. Klar dürfte deshalb sein, dass es einer ganzen Menge motivierter AntifaschistInnen bedarf, um am 21. Juni die Veranstaltung tatsächlich zu verhindern. Wir jedenfalls werden alles daran setzen, dies zu versuchen und dem reaktionären deutschen Mob einen wahrnehmbaren antifaschistischen Widerstand entgegen setzen!

Wir rufen auf zu massivem zivilen Ungehorsam, das NPD-Open-Air muss mit allen Mitteln verhindert werden! Zeigen wir den Nazis, dass ihre Zeit entgültig abgelaufen ist – WIR bauen uns unsere Zukunft gerade erst auf!

Antifaschistische Aktion Gera (AAG) ■

Preußische Umbenennung

BAD PYRMONT. Die „Ostpreußische Landesvertretung“ hat am 8. März auf Antrag des Bundesvorstandes der „Landsmannschaft Ostpreußen“ (LO) in Bad Pyrmont beschlossen, dass die Wochenzeitung „Das Ostpreußenblatt“ (OP) ab der Osterausgabe mit dem Titel „Preußische Allgemeine Zeitung“ und dem Untertitel „Das Ostpreußenblatt“ erscheinen soll.

Mit der Namensumbenennung, so Wilhelm von Gottberg, sollen neue Leser für das Blatt, dessen bezahlte Auflage „in den letzten Jahren dramatisch zurückgegangen sei, gewonnen werden. 90 Prozent der OP-Leser haben nach Angaben von Gottberg das 65. Lebensjahr überschritten, 30 Prozent sind 80 Jahre und älter. Zwei- bis dreitausend Abonnenten kommen nicht aus dem Vertriebenenbereich, sondern seien deshalb Leser der Zeitung, „weil diese eine hervorragende Wochenzeitung mit nationalliberaler und konservativer Ausrichtung“ sei. Dieses Leserspektrum soll mit dem neuen Titel ausgebaut werden.

am, Archiv-Notizen Mai 2003 ■

„Projekt Freudenmal“

BERLIN. Die „Aktionsgemeinschaft der Deutschland liebenden“ (ADL) um den „Ur-Grünen“ Baldur Springmann – die Geschäftsstelle befindet sich in Hamburg – will am 5. Juli 2003 um 10 Uhr auf dem Alexanderplatz in Berlin „eine Demonstration der anderen Art“ durchführen! Es soll nicht gegen etwas demonstriert werden sondern „für die positive Kraft des deutschen Volksbewusstseins, für das demokratische Prinzip: ‚Wir sind das Volk' für die Souveränität, dem deutschen Volk eine Zukunft zu geben!“ – so heißt es im Aufruf. Geplant sei ein symbolisches Freudenmal, in der Mitte der deutschen Hauptstadt. Die AGDL bezeichnet sich als „ein aktionsbezogener Zusammenschluss von Deutschen, die

---

Fortsetzung von Seite 1

zugefasst wie die Tschechoslowakische Republik.“

Nun ist kaum ernsthaft zu erwarten, dass die CSU sich demnächst für die Bombardierung von Prag einsetzen wird. Die Äußerungen von Stoiber und Böhm hämmern aber in Zigtausende von Köpfen die Meinung, zur Durchsetzung der CSU- und SL-Forderungen an Tschechien sei jede tatsächlich ergriffene Maßnahme, auch die aggressivste, völlig legitim.

Dazu passt das – gelinde gesagt – ungewöhnliche Vorgehen, dass zuerst Edmund Stoiber dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, dem Iren Patrick Cox, eine Video-Grußbotschaft an den Sudetendeutschen Tag abbettelte und dann Johann Böhm diese Grußbotschaft in seiner Rede teils nach eigenen Wünschen uminterpretierte, teils sie in äußerst rüder Form zerpflückte.
Seine Vorstellung vom Verhältnis zwischen Deutschland und Tschechien innerhalb der EU drückte Böhm durch folgenden bemerkenswerten Vergleich aus: „Will ich als Beamter eingestellt werden, muss mein Führungszeugnis sauber sein. Ist letzteres nicht der Fall, muss ich mit Abweisung rechnen.“ Klar, wer hier der Boss ist.

Von den vielen erwähnenswerten Einzelheiten, die bei diesem Sudetendeutschen Tag sonst noch zu beobachten waren, sei schließlich noch die Tatsache berichtet, dass sich der CSU-Politiker Böhm heftig für die doppelte Staatsbürgerschaft einsetzte. Von einer Diskussion mit tschechischen Politikern im Herbst 2002 in München berichtete er: „Ich habe gefragt: ‚Warum bringt es Tschechien nicht fertig zu sagen: Wer als Sudetendeutscher in die alte Heimat zurückkehren will, der darf das! Er erhält die tschechische Staatsangehörigkeit und darf die deutsche behalten.' Das wäre die Anerkennung des Heimatrechtes.“ Bedenken im Hinblick auf mögliche Loyalitätskonflikte, wie sie seine Parteifreunde bei den Debatten über die doppelte Staatsbürgerschaft von „Ausländern“ im deutschen Inland äußerten, quälten ihn dabei offenbar nicht. Tatsächlich wären derartige Konflikte ja auch unwahrscheinlich, haben doch die „Landsmänner und -frauen“, die der Landsmannschaft bis heute die Treue halten, hinlänglich bewiesen, was ihnen ihr Deutschtum wert ist. Sicherheitshalber ist aber auch hier die heikle Passage mit der Staatsbürgerschaft im Redemanuskript nicht enthalten.

Bernd Posselt übrigens, der Vorsitzende der SL, freute sich erneut über „unsere sudetendeutsche Botschaft in Prag“ („ob dies einigen passt oder nicht“) und lobte den unverdrossenen Einsatz seines Vereins für Menschenrechte, Frieden und Freiheit. Die Kampagne, mit der die CSU beweisen will, dass die Tschechen mit Billigung der Weltkriegsalliierten einen Völkermord an Deutschen begingen, soll auch nach der Aufnahme Tschechiens in die EU unvermindert weitergehen. Das Thema werde, so die Ankündigung aller Redner, künftig bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit auf den europäischen Tisch kommen.

Renate Hennecke ■
Deutsch-Tschechische Nachrichten

ihr Heimatland und ihre Kultur lieben und schätzen“.

Was die Berlinerinnen und Berliner da erwartet, wird aus der Einladung deutlich: „Zur Unterstützung unserer politischen Forderung und Demonstration deutscher Kultur (Ur-Kult!) würden wir uns freuen, wenn Gesangsgruppen uns bei den Kundgebungen zu Beginn und am Schluss (soweit es „die Polizei erlaubt“) sowie in den unvermeidlichen Marschpausen mit ihrem deutschen Liedgut erfreuen würden (Motto: Gesang-Chöre statt Sprech-Chöre!).

Wenn Sie Kontakt haben zu Volkstanzgruppen, Gesangsgruppen (deutsche Klassik, Volksmusik, Liedersänger), Brauchtumsgruppen, Spielmannszügen aus Schützen- und Karnevalsvereinen sowie Jäger- und Soldatenchören, so wären wir sehr froh, wenn Sie diese auf unsere Veranstaltung aufmerksam machen könnten – zwecks Teilnahme am Zug in ihren traditionellen Trachten!

Das Anlegen von Trachtenbekleidung oder auch Zunftbekleidung an diesem Tag ist ausdrücklich erwünscht, da die regionalen Bekleidungen Ausdruck deutscher Kultur und Vielfalt sind“.

Man darf gespannt sein, welche „Kameradschaften“ da die Trachtenjacke rauskramen.

an ■

„Unser Heer on tour“ in Frankfurt

FRANKFURT. Mit der Ausstellung „Unser Heer on tour“ wirbt die Bundeswehr vom 26.6. bis 30.6.03 am Frankfurter Ratsweg für die weltweite „Eingreif-Armee“ und ihren Einsatz zur „inneren Sicherheit“. An alle weiterführenden Schulen in Frankfurt wurde eine entsprechende Einladung verschickt.

Neben „Erbsensuppe aus unserer Feldküche“, kostenloser Beratung zu „Chancen, Perspektiven, Ausbildungs- und Arbeitsplatz Bundeswehr“, „Frauen in der Bundeswehr“ werden „Rad- und Kettenfahrzeuge in Aktion“, „Fallschirmspringer“ vorgeführt, Schulklassen werden sogar kostenlos abgeholt.

Diese Schau entspricht nicht dem Auftrag zur Friedenserziehung im Sinne von § 2 des Hessischen Schulgesetzes. Die AG-Frieden des StadtSchülerInnenRates hat deshalb eine „Mahnwache für den Frieden“ gegenüber dem „Panzer-Spielplatz“ angemeldet. Auch das Frankfurter Bündnis gegen den Krieg ruft zu einer Mahnwache vom 26.- 30. Juni, 8 - 19 Uhr unmittelbar in der Nähe von Feldküche und Panzerspielplatz auf, Ausgang U-Bahn-Station Eissporthalle, Ecke Kettlerallee.

Frankfurter Bündnis gegen den Krieg ■



Am 10. Juni 1944 verübten Angehörige einer deutschen SS-Einheit in der griechischen Ortschaft Distomo nordwestlich von Athen eines der grausamsten Massaker der deutschen Besatzungszeit und töteten insgesamt 218 Dorfbewohner, darunter Kinder, Frauen, Greise und Säuglinge. Die Verantwortlichen für dieses Verbrechen wurden nie zur Rechenschaft gezogen, Entschädigungszahlungen an die Hinterbliebenen der Opfer bis heute von Deutschland verweigert. Am gestrigen Donnerstag wurde der Fall in einem Revisionsverfahren vor dem Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe verhandelt. Das Urteil soll am 26. Juni verkündet werden.

Rechtsanwalt J. Kummer, der die Kläger vertritt, betonte, dass die Vorinstanzen in Bonn und Köln zu Unrecht eine Entschädigung wegen angeblich fehlender Rechtsgrundlagen abgelehnt hatten. Kummer meinte, Individualklagen sind in der neuen Völkerrechtssprechung sehr wohl möglich.

Vor Prozeßbeginn hatten rund 30 Mitglieder der Roten Antifa Karlsruhe und des Hamburger Arbeitskreises Distomo vor dem BGH demonstriert und die sofortige Entschädigung der griechischen NS-Opfer gefordert. (siehe Bild oben) ■

Abschied von Harry Fisher

Unlängst erst hatten wir ihm zum Geburtstag gratuliert, seinem 92., unserem Freund, dem Spanienkämpfer, Internationalisten, Kommunisten und Friedensaktivisten Harry Fisher in New York. Danach erzählte er mir, dass er diesmal aus Deutschland so viele Glückwünsche wie aus keinem anderen Land erhalten hatte.

Ja, viele hier erinnern sich an ihn, denn im Jahr 2001 hielt sich Harry mehrmals in der Bundesrepublik auf, um sein hier im Pahl-Rugenstein-Verlag erschienenes Buch „Comrades“ vorzustellen. Viele zwischen Hamburg und München lernten einen zurückhaltenden Menschen mit großer Ausstrahlungskraft und fester innerer Überzeugung kennen. Sein Buch eröffnete besonders der jüngeren Generation einen neuen, ergreifenden Zugang zum spanischen Bürgerkrieg. Erstmals wurden in großer Einfachheit und ohne heroisierende Beschönigungen auch die Ängste eines jungen Kämpfers beschrieben.

2002 beendete Harry Fisher die Arbeit an seinem zweiten Buch, das in den USA voraussichtlich den Titel „Legacy“ haben wird, und an dessen Erscheinen in Deutschland derzeit intensiv gearbeitet wird. Nunmehr wollte er sich verstärkt mit Geschichtsfälschern in den USA auseinandersetzen, die Lügen über die Spanienkämpfer in die Welt setzen. Eine davon betraf den Tod Oliver Laws, des ersten farbigen Kommandeurs eines US-amerikanischen Armeeverbandes.

Gleich nach dem 11. September wandte sich Harry Fisher warnend an uns, der offiziellen Kriminalisierungsparanoia zu misstrauen. Seither wurde er nicht müde, vor neuer Gewalt, vor neuem Krieg zu warnen. Seit frühester Jugend gehörten Friedensdemonstrationen zum Leben Harry Fishers und kaum eine der New Yorker Friedensaktionen fand ohne ihn statt. So auch am 22. März 2003. Direkt von der Friedensdemo in Manhattan jedoch musste er mit einer Herzattacke ins Krankenhaus gebracht werden und verließ uns alle für immer.

Harry Fisher verkörperte für uns ein großes Stück Hoffnung und Glaube an das „andere Amerika“. Er fehlt uns. Unsere Welt braucht mehr Menschen wie Harry Fisher - heute nötiger denn je.

Ulrich Kolbe, ■
Antifa-Rundschau April-Juni 2003

Lesungen aus Harry Fishers Buch „Comrades“ sowie die Vorstellung der filmischen Dokumentation der Geschichtswerkstatt Oberhausen über Harry Fisher können über www.harryfisher.net vereinbart werden.

Dringender Aufruf an alle Unterstützer und Freunde der NS-Verfolgten:

Altersrente für Überlebende der NS-Ghettos – Antragsschluss: 30. Juni 2003

Im Juni 2002 verabschiedete der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Zahlbarmachung von Ghettorenten (ZRBG).
Viele Überlebenden der Nazi-Ghettos können durch dieses Gesetz erstmalig eine deutsche Altersrente erhalten.

Nicht nur die Überlebenden selbst sind rentenberechtigt. Auch ihre Witwen und Witwer können einen Antrag stellen.
Da die Renten bei rechtzeitiger Antragstellung rückwirkend ab 1997 gezahlt werden, führten erste erfolgreich abgeschlossene Verfahren zu Nachzahlungen von 16.000 Euro sowie monatlichen Renten von 250 Euro.

Durch die leider mehr als mangelhafte Öffentlichkeitsarbeit des zuständigen Ministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherheit sind jedoch die meist im Ausland wohnenden Überlebenden bisher über ihre Rechte kaum informiert.

Am 30. Juni 2003 endet die wichtige Antragsfrist für rückwirkende Zahlungen ab 1997.

Es bleibt also nur noch ein knapper Monat Zeit, um Anträge fristgerecht einzureichen. Wir bitten Sie daher, die zuständige Ministerin Ulla Schmidt und die Fraktionen des Deutschen Bundestages um eine Verlängerung dieser viel zu kurzen Frist zu bitten.

Unabhängig davon kommt es jetzt aber darauf an, möglichst viele Überlebende umgehend über ihre Rechte zu informieren und bei der Antragstellung zu unterstützen. Mit unseren amerikanischen Partnern von „Support for Survivors of Nazi Persecution Internationalen haben wir ein Informationspaket in englischer Sprache entworfen, das von der Website www.survivors-international.org heruntergeladen werden kann.

Deutschsprachige Informationen finden Sie auf unserer Internetseite www.nsberatung.de.

Da die meisten Überlebenden ohne Internetanschluss leben, bitten wir nachdrücklich darum, die vorhandenen Informationen schnell auszudrucken und weiterzugeben.

Bitte schicken Sie Kopien dieser e-mail auch an alle, die in Kontakt mit Ghetto-Überlebenden stehen.

Für alle, die über internationale Kontakte verfügen, folgt nach dem deutschen Text auf dieser Seite noch eine englische Version dieses Aufrufes.

Offene Fragen beantworten wir gerne per e-mail:
ghettopension@nsberatung.de) oder Fax (0221-179294 29).


überleben... extra Mai 2003

Liebe BesucherInnen des ersten Ökumenischen Kirchentags,
es ist eine gute Tradition der Kirchentage, auf den „Märkten der Möglichkeiten" gesellschaftliche Initiativen mit ihren vielfältigen Anliegen vorzustellen. Man erlebt hautnah, wie viele Menschen sich in unserem Land engagieren. Man spürt aber auch, dass auf dem Weg zu einer wirklich humanen Gesellschaft noch viel zu tun bleibt.

In unserer Initiative arbeiten junge Deutsche mit Überlebenden nationalsozialistischer Verfolgung in aller Welt zusammen. Unser Ziel: Gerechtigkeit für die Überlebenden, Sicherung ihrer Menschenwürde in den letzten Jahren ihres Lebens. Dazu gehört auch eine materielle Kompensation ihrer Leiden. Deutschland bleibt auch in seiner aktuellen ökonomischen Krise verantwortlich für einen gesicherten letzten Lebensabschnitt derjenigen, die es so brutal misshandelt hat.

Auf unserem Stand im Themenbereich „Lebendige Geschichte", (Halle 3 obere Ebene, Stand B42) und in dieser Sonderausgabe von „überleben..." ziehen wir eine Zwischenbilanz des Projektes Zwangsarbeiterentschädigung. Eine zwiespältige Bilanz: Zwar haben über eine Million Überlebende eine erste Rate der erstrittenen 10 Milliarden DM erhalten. Es wird jedoch wahrscheinlich zwei weitere Jahre dauern, bis die Auszahlungen abgeschlossen werden können. Zehntausende, die dringend auf ihre

Lothar Evers

Fortsetzung Seite 2

Galina Stutschinskaja, geb. 1924, Häftling des KZ Auschwitz von 1943 bis 1945, fotografiert von Manfred Linke für das Photoprojekt „Späte Gerechtigkeit...". siehe S. 3

Entschädigung für NS-Zwangsarbeit:

Erfolgsbilanz mit Eintrübungen

In regelmäßigen Abständen präsentiert die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" beeindruckende Erfolgszahlen. Über 2,1 Milliarden Euro hat sie an über 1,2 Millionen ehemalige NS-Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ausgezahlt. Ein Erfolg, gewiss, den man nicht klein reden soll. An einigen Stellen jedoch knirscht es im Stiftungsgebälk. Ein Bericht von Lothar Evers, der für unseren Bundesverband im Kuratorium der Stiftung die Interessen der Überlebenden vertritt.

Seit den 90ern sind wir Jahr um Jahr in die Aktionärsversammlungen der deutschen Großunternehmen gezogen, haben an deren mörderische Vergangenheit erinnert. In der ersten Reihe immer dabei: Hans Frankenthal, Auschwitzüberlebender und langjähriger Vorsitzender unseres Bundesverbandes. In aufrüttelnden Wortbeiträgen hat er Entschädigung für die Opfer eingeklagt. Wir waren ein kleines, versprengtes Häuflein auf der Suche nach Gerechtigkeit. Die Reaktionen der Vorstände waren mitleidig bis brutal: Man lachte uns aus, drehte uns die Mikrofone ab und nicht wenige machten auch mit den Saalschützern in ihren wattierten Bomberjacken Bekanntschaft. Hans Frankenthal hat dann immer „Mörder, Mörder!" geschrien! In seinem Kopf waren sie schlagartig wieder da: die Bilder aus Auschwitz. Wir waren so verschworen wie erfolglos. Ein jährlicher Merkposten, nicht mehr.

Heute bestimmen wir darüber mit, wie über 5 Milliarden Euro an NS-ZwangsarbeiterInnen auszuzahlen sind. Das hätten wir noch 1997 nicht zu hoffen gewagt. Class action hieß ab 1998 das Zauberwort, mit dem aus Habenichtsen satisfaktionsfähige Gegner der deutschen Wirtschaft wurden. Nur mit Hilfe amerikanischer Gerichte konnten jene zehn Milliarden DM,

Seite 2

BUNDESVERBAND INFORMATION & BERATUNG FÜR NS-VERFOLGTE

Schon jetzt herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Lothar Evers ■
Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte
Holweiderstr. 13-15, 51065 Köln
Tel.: 0221 179294 0
Fax: 0221 179294 29
email: evers@nsberatung.de
web: www.nsberatung.de

Informationen 57 erschienen

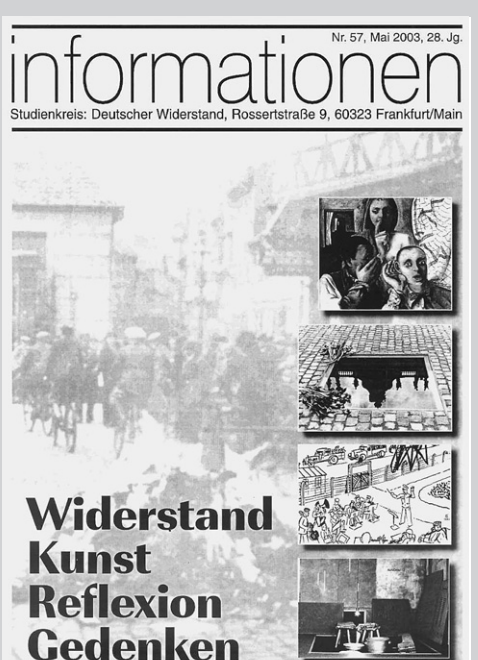
„In jeder Epoche muss versucht werden, die Überlieferung von neuem dem Konformismus abzugewinnen, der im Begriff steht, sie zu überwältigen."

Walter Benjamin, Über den Begriff der Geschichte

Der 70. Jahrestag der Bücherverbrennungen ist der Anlass für den Themenschwerpunkt dieser „Informationen". Kunst – Literatur, bildende Kunst, Musik – als Selbstbehauptung, als Widerstand, als Anklage gegen die Menschheitsverbrechen des deutschen Faschismus.

Thematisiert wird auch die Rezeptionsgeschichte dieser Kunst sowie die Bedeutung von Kunst bei der Gestaltung von Gedenkstätten.

Ludwig Elm analysiert die Rolle der akademischen Eliten auf dem Weg in die Kultur-Barbarei. Das Berliner Mahnmal für die Bücherverbrennung und seine gegenwärtige Gefährdung wird von Stefanie Endlich beschrieben. Doris Obschernitzki stellt vier Schauplätze von Anna Seghers' Roman Transit vor. Reinhard Schweicher interpretiert das lange vergessene Werk des Malers Felix Nussbaum, das im „Museum ohne Ausgang" in Osnabrück einen ihm adäquaten Ort gefunden hat. Jana Mikota berichtet über Kinderbeilagen in Zeitschriften des Exils. Guido Fackler beschreibt Musik in Konzentrationslagern als „Terrorinstrument und Überlebensmittel" und macht auf Probleme der Rezeption aufmerksam. Der Beitrag von Thomas Lutz gibt einen Überblick über Veränderungen in der Wahrnehmung von Kunst (unter KZ-Bedingungen geschaffene Kunst, Kunst von Überlebenden) bei der Gestaltung von Gedenkstätten. Gunnar Richter stellt die als Kunstwerk gestaltete Dauerausstellung in der Gedenkstätte Breitenau vor. Cornelia Pieroth hat René Char, Dichter und Kommandant in der Résistance, wieder entdeckt.



Informationen des Studienkreises deutscher Widerstand 1933 -1945, Nr. 57, ISSN 0938-8672, Rossertstr. 9, 60323 Frankfurt/Main, erscheint zweimal jährlich, Abonnement 11 Euro
Email:
kontakt@studienkreis-widerstand-1933-45.de
Internet: *www.studienkreis-widerstand-1933-45.de*

Argentinischer Künstler verhüllt Fackelträgersäule in Hannover.

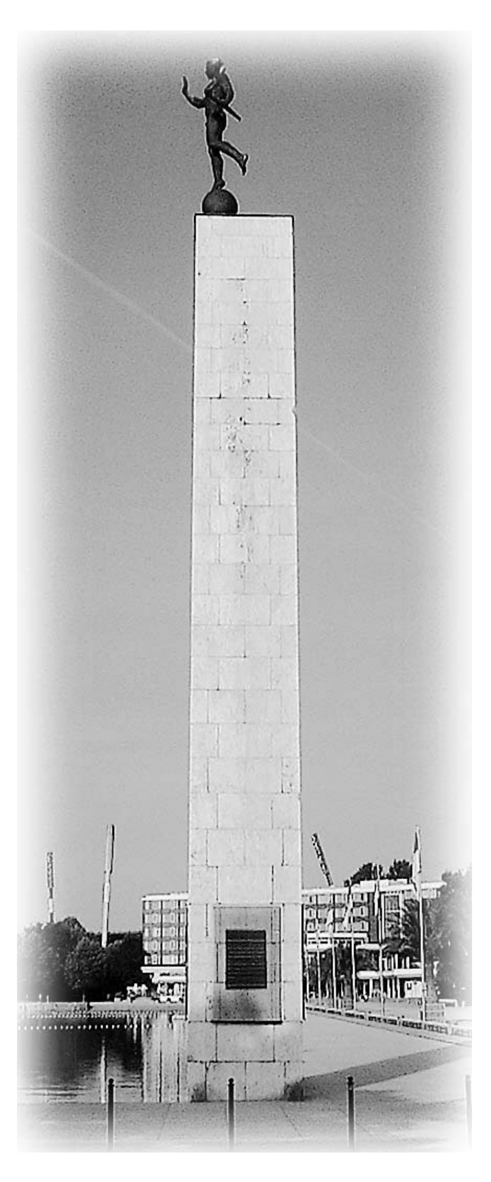
Am 12. Juni hat der Künstler Marcelo Brodsky die faschistische Fackelträgersäule am Hannoverschen Maschsee in einer politischenAktion verhüllt. Diese Aktion wurde unterstützt durch die VVN/BdA, die Antifaschistische Aktion Hannover, die Geschichtswerkstatt und mehrere Einzelpersonen aus der hannoverschen Friedensbewegung. Etwa 150 Personen nahmen an dem Akt teil, der insgesamt zwei Stunden dauerte. Wir dokumentieren einen Beitrag des Künstlers und einen kurzen Redebeitrag. *ron* ■

Marcelo Brodsky: „Warum steht die noch da" – Reaktionen eines argentinischen Künstlers auf die Fackelträgersäule in Hannover

Hannover, Juni 2003. Als ich vom Sprengel Museum Hannover die Einladung erhielt, „Buena memoria" (gutes Gedächtnis), mein fotografisches Essay über die Verschwundenen in Argentinien auszustellen, war ich glücklich, diese Arbeit zum ersten Mal in Deutschland zeigen zu können. Deutschland als zentraler Ort der zeitgenössischen Debatte über Erinnerung stellt sich als ideal dar, um mit Bildern zu erzählen, welche Erfahrungen ich während der siebziger Jahre mit Unterdrückung und Staatsterrorismus in Argentinien gemacht habe. Die Ausstellung ist fokussiert auf die 105 verschwundenen Kameraden aus meiner Schule, dem Colegio Nacional de Buenos Aires (einer Sekundarschule, die mit einem deutschen Gymnasium vergleichbar ist). Sie thematisiert die Vernichtung einer ganzen Generation von argentinischen Jugendlichen.
Die Ausstellung ist in der Abteilung Fotografie und Neue Medien des Sprengel Museums Hannover zu sehen, Kuratorin ist Inka Schube.

Nach dem Aufbau der Exponate im Mai gingen wir zum Maschsee im Zentrum der Stadt von Hannover. Meine Überraschung war gross, als ich hinter einem wunderschönen Kunstwerk von Calder eine monströse faschistische Säule entdeckte. Auf dieser Säule thront eine neoklassische Skulptur, die die Griechen irritiert hätte: Auf einer Höhe von 15 Metern hält ein Athlet aus Bronze die olympische Fackel in der linken Hand, während er die rechte zum Hitler-Gruss erhebt – eine Huldigung der olympischen Idee zu den Spielen in Berlin im Jahr 1936.

Am Fuss dieser Steinsäule ist ein Adler eingraviert, der mit seinen Krallen einen Lorbeerkranz hält. Nur das Hakenkreuz darin wurde entfernt, alles übrige ist bis heute geblieben, wie es war. Eine Inschrift in gotischen Runen erinnert an die Arbeiter, die – Ergebnis der Arbeitspolitik von Hitler – den See ausgehoben hatten. Und es gibt ein Datum: 1934 – 1936.



Ich konnte es nicht glauben: Nur knapp 50 Meter entfernt vom letzten Foto, das meinen Bruder lebend zeigt und das nun im Sprengel Museum ausgestellt ist, existiert ein Monument aus der Zeit des Faschismus. Das Foto meines Bruders, das im KZ Escuela de Mecanica de la Armada (Schule für Marine-Instandhaltung) fotografiert wurde, sollte in direkter Nachbarschaft mit dieser unglaublichen Säule zu sehen sein. Unterschiedliche Gefühle mischten sich angesichts dieser Vorstellung: meine Identität als Jude, als Argentinier, als Überlebender der Militärdiktatur meines Landes. Die Reaktion kam spontan und war eine Bauch-Entscheidung: Ich schlug vor, das Monument mit einer fotografischen Installation zu bedecken.

Diese Idee unterbreitete ich den Verantwortlichen der Stadt Hannover. Der Leiter des Museums unterstützte den Vorschlag. Die Stadt entschied, meine Initiative als die eines an das Museum eingeladenen Künstlers zu akzeptieren. Am 12. Juni 2003 werde ich das faschistische Monument in Hannover mit Fotos bedecken. Die Bilder setzen deutsche KZ mit argentinischen in Verbindung. Die Installation wird interaktiv sein. Die Bürger Hannovers werden eingeladen, sich für eine Auswahl von Bildern zu entscheiden. Bis 31. August – so lange, wie meine Ausstellung im Sprengel Museum gezeigt wird, soll auch diese Installation zu sehen sein.

Faschistische Arbeitsbeschaffung Maschsee.

Die Inschrift in gotischen Runen auf der Säule lautet:

Wille zum Aufbau
Der Segen der Arbeit
Freude, Gesundheit und Kraft
Spende fortan der See
1934 – 1936

Es ist unglaublich, diese Inschrift ist immer noch da! Erst 100, dann bis zu 1500 Arbeitslose haben den Maschsee ausgehoben. Jeder Arbeiter musste selber sein Arbeitsgerät und seine Kleidung mitbringen. Ein Schaufelstiel kostete 1,50 RM bei 15,50 RM Wochenlohn und bei dem harten Boden waren viele Stiele nötig. Der Stundenlohn betrug 0,64 RM. Ein Verheirateter mit 3 Kindern verdiente nur 6 RM mehr als die Wohlfahrtsunterstützung betrug, mit 4 Kindern 4 RM,. mit 5 Kindern insgesamt 14 RM darunter, das entsprach einer halben Monatsmiete. Die Stadt sah sich nicht in der Lage, die Notstandsarbeiter, so wurden sie damals genannt, 48 Stunden zu beschäftigen, das war erlaubte Arbeitszeit (!), sondern 40 Stunden, weil nicht mehr Arbeit da war. Das Arbeitsamt wies keine verheirateten Arbeitslosen zu, denn sie hätten noch wesentlich weniger Geld gehabt als sie Wohlfahrtsunterstüzung bekamen. Dies ist also war der „Segen der Arbeit". Die Säule mit dieser Inschrift und der Fackelträger oben drauf, beides fastistisches Machwerk, muss weg.

anr, Geschichtswerkstatt Hannover und VVN/BdA ■

Proteste zu den Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger und den Entschädigungsforderungen der Opfer

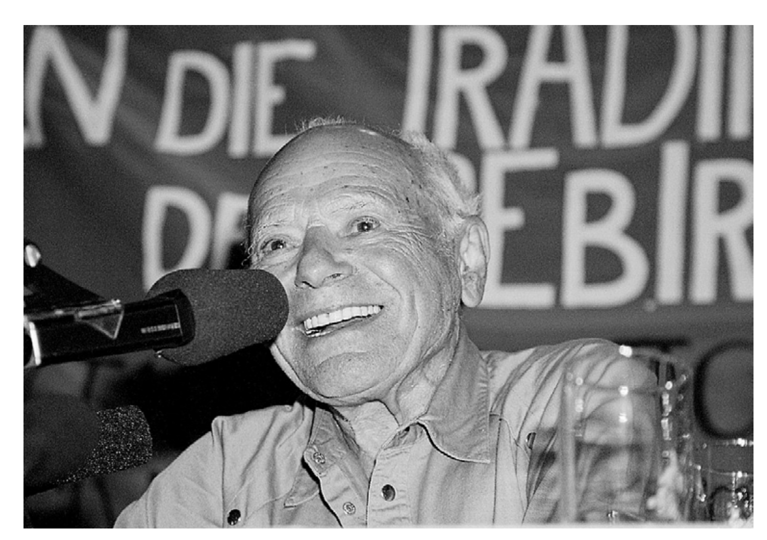
Seit 1952 treffen sich jährlich zu Pfingsten ehemalige Gebirgsjäger der Wehrmacht. Das Treffen findet seit vielen Jahren am Hohen Brendten in Mittenwald statt. Dort organisiert der „Kameradenkreis der Gebirgstruppe", ein Zusammenschluss von Wehrmachtsveteranen und Bundeswehrsoldaten, jeden Pfingstsonntag eine Gedenkfeier mit Militärgottesdienst für die im Zweiten Weltkrieg gefallenen Gebirgsjäger.

Das Mittenwalder Treffen mit bis zu 5000 Teilnehmern ist das größte Treffen deutscher Wehrmachts-Veteranen. Die in Mittenwald zelebrierte Traditionspflege steht im Widerspruch zu den von Historikern nachgewiesenen Kriegsverbrechen. Auf ihren Veranstaltungen und in ihren Publikationen werden die Kriegsverbrechen teilweise offensiv geleugnet und über die Opfer der Gebirgsdivisionen fällt kein Wort.

Als es ab 1968 Ermittlungsverfahren wegen Kriegsverbrechen gegen ehemalige Angehörige der Gebirgstruppen gab, nutzten die Betroffenen die Pflngsttreffen, um ihre Aussagen und ihre Verteidigungsstrategie untereinander abzusprechen. Mit großem Erfolg. Nicht ein einziger Gebirgsjäger wurde von der deutschen Justiz zur Rechenschaft gezogen. Zu unrecht: Historiker konnten den Gebirgstruppen zahllose Massaker nachweisen.

Zu nennen sind u. a. Kephallonia (6.000 ermordete Kriegsgefangene), Kommeno (317 Frauen, Männer und Kinder), Lyngiades (80 Menschen), Skines (146 Männer und 2 Frauen), Camerino (98 Zivilistlnnen) und viele mehr.

Pfingsten 2003 veranstalten der Arbeitskreis „Angreifbare Traditionspflege" und die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten" (VVN/BdA) am traditionellen Stationierungsort der 1. Gebirgsdivision in Mittenwald ein Hearing zu den Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger und zu den Entschädigungsforderungen der Opfer. Dabei stand Griechenland im Mittelpunkt. ■



1. Peter Gingold, Auschwitz-Komitee und VVN-BdA, begrüßt die Teilnehmerinnen des Hearings zu den Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger und den Entschädigungsforderungen der Opfer am 7. Juni 2003, Pfingstsamstag, in Mittenwald



3. Christina Dimou, Zeitzeugin, Überlebende von Kommeno, berichtet von den Gräueltaten der Gebirgsjäger der deutschen Wehrmacht, die im Sommer 1943 das nordgriechische Dorf Kommeno dem Erdboden gleichgemacht hatten. Bei dem als „Sühnemaßnahme" für einen Partisanenangriff deklarierten Massaker erschossen sie 317 wehrlose Männer, Frauen und Kinder, darunter auch die ganze Familie von Christina Dimou.
In Mittenwald sagt sie leise: „Als kleines Mädchen musste ich alles mitansehen und habe nur noch geweint Und als alte Frau weine ich immer noch."



4. Bei der Auftakt-Kundgebung in Mittenwald am 7. Juni 2003: „Gegen die Traditionspflege der Gebirgsjäger"



5. 8. Juni 2003, Pfingstsonntag. Zu Fuß den Berg hoch mit Transparenten: Protest auf dem Hohen Brendten bei Mittenwald gegen das Treffen der ehemaligen Gebirgsjäger der Wehrmacht. Seit 1952 kommen diese dort jährlich zu Pfingsten zusammen, wo der „Kameradenkreis der Gebirgstruppe", ein Zusammenschluß von Wehrmachtsveteranen und Bundeswehrsoldaten, am Pfingstsonntag eine Gedenkfeier mit Militärgottesdienst für die im Zweiten Weltkrieg gefallenen Gebirgsjäger organisiert.

6. Mahnwache auf dem Hohen Brendten zur gebührenden Begrüßung all derer, die an der Gedenkfeier teilnehmen wollen





Info:
www.arbeiterfotografie.com



7. Die Demonstranten verabschieden die davonfahrenden ehemaligen Gebirgsjäger mit lauten „MÖRDER"-Rufen und Pfiffen

Ein Hitler des Orients?

NS-Vergleiche in der Kriegspropaganda von Demokratien

Der lange Schatten Hitlers begleitet die Deutschen bis zum heutigen Tage. Aber nicht nur die Deutschen. Immer wieder wird der Name dieses Diktators in aktuellen Zusammenhängen genannt. Die in jüngster Zeit in der deutschen Innenpolitik vermehrt angestellten Vergleiche zwischen der Gegenwart und der Nazi-Diktatur veranlassten den Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse dazu, mahnend die Stimme zu erheben. Aus Anlass des Gedenkens an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz im Deutschen Bundestag am 27. Januar 2003 bezeichnete er diese NS-Vergleiche als „unerträglich", weil sie die Opfer der Nazi-Zeit verhöhnten. Tatsächlich wurden historische Analogien im politischen Meinungskampf häufig in unseriöser und verzerrender Weise verwendet. Die dienten weniger der politischen Analyse oder Orientierung als vielmehr der Herabsetzung politischer Konkurrenten. Wer NS-Vergleiche anstellt, begibt sich überdies – bildlich gesprochen – auf vermintes Terrain. Dies musste die damalige Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD) erleben, als sie während des Bundestagswahlkampfes im September 2002 leichtsinniger Weise Hitler und Bush in einem Atemzug erwähnte. Sie musste zurücktreten beziehungsweise auf eine erneute Berufung als Bundesministerin verzichten. Für den argumentativen Gehalt dieses Vergleiches interessierte sich damals wie heute kaum jemand. In der USA wurde er als ein frühes Signal für das Auseinanderdriften der US-amerikanischen und der deutschen Politik in der Vorgeschichte des Irak-Krieges 2003 wahrgenommen.

Wird der Name Hitlers in einem außenpolitischen Kontext genannt, so gilt dies unmittelbar als ein Gefahrensignal, das die unterschiedlichsten Reflexe auslöst. Denn sowohl bei den Deutschen, die Hitler den Weg bereiteten und ihm bis in die totale Niederlage hinein folgten, als auch bei den Bürgern anderer Länder, die unter der deutschen Besatzungsherrschaft und Vernichtungspolitik zu leiden hatten, wirken die Erfahrungen der NS-Zeit fort. Dies geschieht nicht nur in der Form von historisch-politischem Wissen, sondern auch im Unbewussten, im „seelischen Untergrund", wie der Psychoanalytiker Tilmann Moser formuliert. So sind es denn nicht nur kognitive, sondern auch emotionale Reflexe, welche die potentielle Wirkungsmacht solcher NS-Analogien ausmachen.

Präsident Bushs Saddam-Hitler-Vergleich von 1990

Nicht von ungefähr bedienten sich in der jüngsten Vergangenheit Regierungen demokratischer Staaten solcher Hitler-Vergleiche, wenn sie einen Krieg als gerechtfertigt erscheinen lassen wollten. Wer geltend machte, man habe es bei einem bestimmten politischen Gegner mit einem „Wiedergänger Hitlers" zu tun, legitimierte damit zugleich ganz bestimmte Reaktionen. In der internationalen Politik dienten und dienen Hitler-Vergleiche als Legitimationsmuster für Krieg.

Das Wort Wiedergänger ist altmodisch und bedarf der Erläuterung. Nicht gemeint ist ein Widergänger mit dem kurzen „i" des Widerstandes – den gibt es auch –, sondern einer mit „ie", der wieder geht, der erneut zugange ist. Adolf Hitler hat sich in das Bewusstsein der Menschheit als die Inkarnation des Bösen eingegraben. Er nimmt in der Hierarchie der Bösewichte gleich hinter dem Teufel seinen Platz ein. Wo immer der Name Hitlers beziehungsweise die Metapher Hitler im Kontext gegenwärtiger Entwicklungen verwendet wird, soll eine extreme Gefahr signalisiert werden, die das Erfordernis eines gewaltsamen Vorgehens gegen die Bedrohung begründet.

Der wohl prominenteste NS-Vergleich der jüngeren Vergangenheit ist der Saddam-Hitler-Vergleich. Daher soll seine Verwendung in der politischen Rhetorik der letzten 13 Jahre, also von 1990 bis heute, an dieser Stelle näher betrachtet werden. So weit erkennbar, ist Hitler bereits in der Zeit des Kalten Krieges gelegentlich zu Zwecken aktueller Kriegspropaganda benutzt worden, beispielsweise von Franzosen und Briten während der Suezkrise zur Charakterisierung des ägyptischen Präsidenten Gamal Abd el Nasser. Im Vietnamkrieg spielte dieser Vergleich offenbar keine Rolle. Erst nach dem Ende des Ost-West-Konflikts lässt sich eine verstärkte Indienststellung der Metapher „Hitler" beobachten. Es war jene Zeit des Umbruchs, in welcher entdeckt wurde, dass ein so genannter konventioneller Krieg wieder geführt werden konnte, dies sogar mitten in Europa. Es war zugleich die Phase der Herausbildung einer neuen internationalen Lage, die der damalige US-Präsident George Bush senior als „Neue Weltordnung" unter amerikanischer Führung gestaltet sehen wollte.

Zu einer systematischen Instrumentalisierung Hitlers kam es in der Vorgeschichte des zweiten Golf-Krieges, der am 15. Januar 1991 begann (als ersten Golf-Krieg bezeichnet man den iranisch-irakischen Krieg 1980-1988). So weit bekannt, wurden Saddam und Hitler erstmals in einem kanadischen Dokumentarfilm über den Iran aus dem Jahre 1987 in einem Atemzug genannt. Der Film zeigte den Iran, der seinerzeit mit dem Irak Krieg führte, als das Opfer irakischer Verbrechen.8 Allerdings erregte der Vergleich damals noch kein sonderliches Aufsehen. Der Grund hierfür liegt auf der Hand: Die Berichterstattung über den irakisch-iranischen Krieg von 1980-1988 in den westlichen Ländern vermied eine Stigmatisierung des irakischen Diktators, der von den Westmächten insgeheim unterstützt wurde.



Der Mächtige auf einem Spazie

Weltweite Beachtung fand der Vergleich wohl erst durch einen Artikel der „New York Times" vom 5. April 1990, der die alarmierende Nachricht enthielt, dass der irakische Staatspräsident Saddam Hussein „die Juden in Israel auslöschen und den Nahen Osten beherrschen möchte". Schließlich griff der amerikanische Präsident George Bush sen. in einer Rede vom 8. November 1990 den Vergleich Hitler-Saddam auf. Bush warf den irakischen Truppen, die soeben Kuwait erobert hatten, „ungeheuerliche Akte der Barbarei" vor, „die nicht einmal Adolf Hitler begangen hat". Damit waren jedoch nicht die Gasangriffe auf den kurdischen Bevölkerungsteil Iraks im Jahre 1988 gemeint, welche Tausenden von irakischen Staatsangehörigen das Leben gekostet hatten, sondern Gräueltaten, die irakische Truppen nach ihrem Einmarsch in Kuwait im August 1990 angeblich begangen hatten. Mit seiner Rede vom November 1990 verschaffte Präsident Bush dem Saddam-Hitler-Vergleich eine weltweite Resonanz. Wie ein Forschungsinstitut ermittelt hat, wurde Saddam Hussein alleine in den US-amerikanischen Printmedien in der Zeit zwischen der Bush-Rede und



...ergang, George Grosz 1942

dem Kriegsbeginn 1170 mal mit Hitler verglichen.

Überraschenderweise spielte dieser Vergleich seinerzeit in Deutschland zunächst keine Rolle. Man hatte ihn zwar wahrgenommen, aber als einen „hinkenden“ Vergleich abgetan, weil Saddam Hussein andere Vorbilder habe als Hitler, nämlich Saladin und Nebukadnezar. Im übrigen bestünde das Ziel des Machtpolitikers Saddam Hussein lediglich darin, Führer der arabischen Welt zu werden. Auch mit anderen zeitgenössischen Tyrannen wie Pinochet, Ghaddafi, Mobutu, Idi Amin oder Bokassa lasse er sich kaum vergleichen. Noch einen Tag vor dem Beginn des Golfkrieges 1991 debattierte der Deutsche Bundestag über die Lage in der Golfregion, ohne dass ein Mitglied der Regierung oder des Parlaments den Hitler-Saddam-Vergleich von Präsident Bush aufgegriffen hätte. Vermutlich spiegelte sich in diesem Verzicht der deutschen Politiker auf das in den USA gezeichnete Feindbild auch die kriegsgegnerische Grundhaltung eines Großteils der deutschen Bevölkerung wider, die sich bereits in mehreren Massendemonstrationen gegen den Krieg lautstark artikuliert hatte und die zudem durch repräsentative Meinungsumfragen belegt war.

Irritationen in Deutschland durch Wolf Biermann und Hans Magnus Enzensberger

Wenig später waren es dann zwei prominente deutsche Intellektuelle aus dem linken Spektrum, die in das Horn Präsident Bushs stießen und damit eine nachhaltige Irritation gerade bei jenen Deutschen auslösten, die bereits öffentlich gegen den Krieg protestiert hatten. Gemeint sind Wolf Biermann und Hans Magnus Enzensberger. Biermann erklärte rundheraus: „Damit wir uns richtig verstehen: Ich bin für diesen Krieg am Golf“, und begründete diese Haltung hauptsächlich mit der Gefahr, die der irakische Diktator, den er als einen „gestandenen Massenmörder“ bezeichnete, für Israel bedeute: „Die Ausrottung war den Juden sowohl von Hitler als auch von Saddam Hussein offen angekündigt. Damals wie heute kam die Drohung von einem blutigen Emporkömmling, einem Tyrannen, Demagogen und Machtparanoiker.“ Des weiteren erinnerte Biermann an das Münchener Abkommen von 1938, das Zurückweichen der Westmächte vor Hitler und an jene friedliebenden Franzosen, die damals skeptisch gefragt hatten: „Mourir pour Danzig?“ Die Quintessenz seiner Wortmeldung fasste Biermann in der rhetorischen Frage zusammen: „Soll man einen Hitler machen lassen um des Friedens willen?“

Damit war eine Reihe von Argumenten formuliert, die in den politischen Debatten der Folgezeit eine große Rolle spielten und bis zum heutigen Tage spielen. Schon damals, während des Golf-Krieges von 1990/91, konnte man beobachten, dass der Saddam-Hitler-Vergleich in den angelsächsischen Ländern andere Assoziationen auslöste als in Deutschland. Die unterschiedliche Sehweise hatte etwas mit den je spezifischen Erfahrungen mit dem nationalsozialistischen Deutschland zu tun. Für die Briten und Amerikaner war der Name Hitler untrennbar mit dem Münchener Abkommen von 1938 verknüpft, also mit dem Tatbestand, dass Hitler die Westmächte in München „über den Tisch gezogen“ hatte. Die „historische Lehre“ der Angelsachsen lautete, aus dem damaligen Scheitern der Appeasement-Politik müsse die Konsequenz gezogen werden, dass frühzeitig und konsequent gegen drohende Gefahren eingeschritten werden müsse. Aus angelsächsischer Sicht hatte Hitler durch den Bruch des „Londoner Abkommens“ seine Unkalkulierbarkeit und Wortbrüchigkeit bewiesen und damit „jegliche Vertragsfähigkeit“ eingebüßt. Die britische Erinnerung an Hitler und den Zweiten Weltkrieg ist also einerseits geprägt von der „Vorstellung von den Deutschen als militaristische ausländische Aggressoren und Eroberer“ und andererseits von dem Bild eines wortbrüchigen Diktators, der als Vertragspartner nicht mehr in Frage kam. Aus diesem Grunde sollten die Angelsachsen dann auch als ihr Kriegsziel die „bedingungslose Kapitulation“ Hitler-Deutschlands formulieren und – zusammen mit der Sowjetunion – auch durchsetzen. Im Kriegsjahr 2003 nahmen US-Präsident Georg W. Bush jun. und der britische Premierminister Tony Blair wiederum mehrfach auf das Münchener Abkommen von 1938 Bezug, um die Notwendigkeit eines Präventivkrieges gegen den Irak Saddam Husseins zu begründen.

Ähnlich wie Wolf Biermann haben viele Juden in aller Welt, auch deutsche, seit 1990 immer wieder deutlich gemacht, dass sie der Macht der US-Streitkräfte weit mehr vertrauen als der Friedensliebe der pazifistischen Bewegungen in den westlichen Demokratien. Es ist die Perspektive der Holocaust-Überlebenden, die 1945 von den alliierten Streitkräften befreit wurden. Zusammen mit anderen Autoren meldeten sich 1991 deutsche Juden in dem bilanzierenden Sammelband mit dem spöttischen Titel „Liebesgrüße aus Bagdad“ zu Wort. Sie kritisierten durchgängig den während des Golf-Krieges von 1991 in der deutschen Öffentlichkeit bekundeten Pazifismus, weil dieser der Gefährlichkeit des irakischen Diktators nichts entgegengesetzt hätte, sowie, weil er die Schutzbedürftigkeit des Staates Israel vor irakischen Raketenangriffen nicht berücksichtigt habe.

Zu einem späteren Zeitpunkt – nämlich im Herbst des Jahres 1991, als der Golf-Krieg längst beendet war – wurde dieses Argument durch eine Information des Politikers Georg Kahn-Ackermann bekräftigt. Der vormalige Generalsekretär des Europarates ließ wissen, Saddam Hussein habe ihm im Jahre 1967 gesprächsweise mitgeteilt, dass er Hitlers „Mein Kampf“ gelesen und es über weite Strecken auswendig gelernt habe, sowie, dass Hitler seitdem sein Vorbild sei; dessen großer Fehler sei es nur gewesen, „dass er die Juden nicht total ausgerottet“ habe.

Noch größeres Aufsehen erregte seinerzeit Hans Magnus Enzensberger. In einem – Anfang Februar 1991 in dem Magazin „Der Spiegel“ veröffentlichten – Essay bezeichnete er Saddam Hussein als „Hitlers Wiedergänger“. Der eine wie der andere Diktator, argumentierte der Schriftsteller, sei nicht etwa bloß der Feind eines bestimmten Volkes, sondern ein „Feind des Menschengeschlechts“ beziehungsweise ein „Feind der Menschheit“. Enzensberger war sich der Gefahren bewusst, die darin steckten, dass gerade er, ein politisch unabhängiger, linker Intellektueller, der Gleichsetzung Saddam Husseins mit Hitler eloquente Schützenhilfe leistete. Er betonte nämlich explizit, dass er die Geschichte nicht als Instrument missbrauchen, sondern als Erkenntnisinstrument benutzen wollte: „Jeder Versuch, historische Vorgänge zu verstehen“, schrieb er, sei „auf die Erfahrung – und das heißt: auf den Vergleich – angewiesen.“ Er wolle das „Wesen der Sache“ treffen. Enzensberger machte seine Analogie vornehmlich an der Kategorie des „kollektiven Todesrausches“ fest. Sowohl Hitler und Saddam als auch die Bevölkerungen von Deutschland (1944/45) und Irak (1990/91) wollten bis zum „Untergang“ kämpfen und sich aufopfern. Ideologische bzw. religiöse Überhöhungen sowie Allmachtsphantasien ersetzten hier wie dort das rationale politische Kalkül. Inzwischen konnten wir allerdings erkennen, dass nicht der Todesrausch, sondern

der Machterhalt das primäre Movens des irakischen Diktators ist; und dass es sich bei der Bevölkerung Iraks keineswegs um eine durchgängig militarisierte, führergläubige Gesellschaft handelt, wie es die deutsche von 1944/45 gewesen war.

In der Geschichtswissenschaft gehört der Vergleich „zu den schwierigsten Künsten". Er dient als ein Erkenntnisinstrument, wenn gewährleistet ist, dass die Vergleichsgrößen stimmig sind und wenn Ähnlichkeiten und Unterschiede systematisch herausgearbeitet werden. Die Benennung der Unterschiede wird in den saloppen Vergleichen, wie sie in Politik und Publizistik üblich sind, in aller Regel nicht geleistet, auch nicht in den Mutmaßungen über den „Wiedergänger Hitlers". Enzensberger interessierte sich damals wenig für die extreme Asymmetrie zwischen dem Hitler-Staat von 1939 und dem Irak von 1991. Er wie andere versäumten es, die militärischen und ökonomischen Potentiale zu vergleichen, die Fähigkeit beziehungsweise Unfähigkeit zur eigenen Rüstungsproduktion, das Menschenreservoir, das Bruttosozialprodukt, die ganz unterschiedlichen politischen Ziele Hitlers und Saddam Husseins sowie die Unterschiede in der politischen Verfassung des damaligen Deutschlands und des heutigen Iraks. 1991 ist die Wirtschaftskraft Iraks mit der von Belgien verglichen worden. In den zwölf Jahren, die seit dem ersten Golfkrieg vergangen sind, hat das internationale Embargo den Irak zusätzlich massiv geschwächt, insbesondere die Masse der Bevölkerung. Er ist, wie verlässliche Sachverständigenberichte an den UNO-Generalsekretär Kofi Annan belegen, von einem Schwellenland in den Status eines Entwicklungslandes abgestürzt.

von Wolfram Wette ■

(in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 54. Jg. Nr. 4/2003, April 2003 zum Thema „Vor dem Krieg, im Krieg, nach dem Krieg" S. 231- 242)

Imperialistenphilosophie

Habermas und Derrida für deutsch-französisches „Kerneuropa"

Wenn es um „Europa" geht, erweisen sich auch kluge Köpfe schnell als Simpel, die in feinen Worten den mainstream nachreden. Am 31. Mai bewiesen Jacques Derrida und Jürgen Habermas in der FAZ, daß sie zu Unrecht für kritische Geister gehalten werden.

Die beiden Meisterphilosophen durften die Werbetrommel für einen um „Kerneuropa" angeordneten Staat Europa rühren. Die EU leide darunter, daß einzelne Staaten gemeinschaftliche Entscheidungen blockieren können. Insbesondere der pro-amerikanische Aufruf der Acht habe deutlich gemacht, daß einige Länder zwar in die EU wollen, „ohne jedoch schon bereit zu sein, ihre eben erst gewonnene Souveränität wieder einschränken zu lassen". Dasselbe trug Jacques Chirac an die Beitrittskandidaten gerichtet unmißverständlicher vor: „Ich glaube, daß sie eine gute Chance verpaßt haben, den Mund zu halten." (Welt 19.2.03)

Zurück zu Derrida und Habermas, die das Dilemma inzwischen gelöst haben:

Es sollten sich jene „Nationen, die eine Vertiefung der EU wirklich wollen", das seien „nur die kerneuropäischen Mitgliedstaaten", zu einem „avantgardistische(n) Kerneuropa" zusammentun, um „mit einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik den Anfang zu machen". Die ausgelobte Avantgarde sieht das genauso, wie ein Bericht in der selben FAZ-Ausgabe über „gemeinsame Überlegungen" Deutschlands, Frankreichs, Italiens und der Beneluxstaaten belegt: Man beschloß, sich für Mehrheitsentscheidungen in der EU bei Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik einzusetzen. Von diesem Block wird im Übrigen auch der Aufbau einer EU-Armee betrieben!

Doch zurück zu Kerneuropa und seinen Verklärern. Von dieser „Lokomotive" der EU werde eine „Sogwirkung ausgehen, der sich die anderen Mitglieder – zunächst in der Eurozone – nicht auf Dauer werden entziehen können". Anders gesagt, die Partner würden in die vertiefte EU hinein gezwungen. Künftig könnten dann „überstimmte Minderheiten von der Obstruktion eines Mehrheitswillens" abgehalten werden.

Was die beiden Anwälte des deutsch-französischen Vormachtstrebens nicht erörtern, ist die Frage, wer denn in einem so skizzierten Europa das Sagen hätte. Dann nämlich läse sich ihre „Vision" des neuen Europa schon viel weniger idyllisch. Heraus käme ein imperialistischer Block, der unter Führung Deutschlands und Frankreichs anträte, den USA die Weltherrschaft streitig zu machen. Das wäre nun wirklich alles andere als eine friedliche Perspektive. Ganz neu ist das, was da so gewichtig daherkommt, allerdings nicht. Joschka Fischer hatte dieses „europäische Projekt" schon im Jahr 2000 ins Gespräch gebracht. Deutschland und Frankreich, schlug der deutsche Außenminister seinerzeit vor, sollten „Avantgarde" und „Gravitationszentrum" eines engeren Staatenbundes sein, dem nationale Souveränitätsrechte übertragen würden. Eine kleine Zahl von Staaten solle auf diesem Weg vorangehen; alle anderen würden nach und nach zum Mittun gedrängt. (Rede am 12.5.00 in der Humboldt-Uni) Dass Einwohnerzahl und v.a. wirtschaftliche Stärke Deutschlands und Frankreichs für deren politische Dominanz im Staat Europa sorgen würden, sprach Fischer natürlich nicht an.

Während es international für Fischer Ohrfeigen hagelte, schaffte es die deutsche „kritische Öffentlichkeit" den aggressiven Charakter dieser Außenpolitik zu ignorieren. Ganz im Gegenteil, es gibt Strömungen in der Linken, in denen ein starkes Europa einen durchaus guten Klang hat, mißverstanden als quasi antiimperialistisches Gegengewicht zu den USA.

Der Pressesprecher von attac Regensburg verwandte sich für ein Europa, das „mehr mit einer Stimme" sprechen solle. Der Irakkrieg machte ihm „die Notwendigkeit deutlich, zu größerer Einheit, insbesondere politischer Einheit zu kommen" *(jw 12.5.00)*. Im selben Sinne äußerte sich das deutsche PEN-Zentrum. Es brauche ein einiges Europa, denn nurso könne „Europa den USA in ihrem Streben nach weltweiter Vormachtstellung etwas entgegensetzen" (Berliner Ztg. 19.5.03). Und das „Friedensgutachten 2003" von fünf deutschen Friedensforschungsinstituten plädiert ebenfalls für eine stärkere „Zivilmacht EU". Die EU könne durch ihre politische und ökonomische Attraktivität Stabilität fördern, „wie auf dem Balkan erfolgreich praktiziert" *(jw 5.6.03)*!

Diese vollständige Verkennung der europäischen Entwicklung läßt für den Fall einer weiteren Eskalation des Gegensatzes zu den USA eine Unterstützung des europäisch-imperialistischen Blocks auch durch Pazifisten und Linke befürchten. Zumindest aber hat man die Waffe der Kritik einstweilen aus der Hand gegeben.

F ■

Italien

Linke Mitte und Kommunisten erfolgreich bei Wahlen der Provinzpräsidenten und Bürgermeister

Die oppositionellen Parteien der linken Mitte, des Olivenbaumbündnisses, und Rifondazione Comunista haben der profaschistischen Regierungskoalition Berlusconis bei der Wahl der Regierungspräsidenten in zwölf Provinzen und der Bürgermeister in rund 500 Städten und Gemeinden am 25./26. Mai und bei der Stichwahl am 8./9. Juni eine Niederlage bereitet. Zu dem Urnengang waren insgesamt ein Viertel der Wähler (rund 12 Millionen) aufgerufen. In sieben Provinzen erreichte die Opposition Ergebnisse von 54,6 bis zu 73,7 Prozent. Auch in die Ratshäuser ziehen mehr Vertreter der Linken Mitte ein als Kandidaten Berlusconis. Herausragend das Ergebnis in der Provinz Rom, wo bisher ein AN-Faschist regierte. Linke Mitte und Rifondazione erreichten hier 54,6 Prozent. Aufsehen erregte ferner, dass in zwei der drei Provinzen auf Sizilien, die als faschistische Hochburgen galten, Olivenkandidaten siegten.

Antwort auf Gefahr eines faschistischen Regimes

Es ist bereits das zweite Mal, dass die Opposition auf der Ebene der Provinzen, Städte und Gemeinden der Koalition aus Forzapartei, AN-Faschisten und Lega-Rassisten eine empfindliche Niederlage bereitet. Im Mai vergangenen Jahres gelang es der linken Mitte und den Kommunisten, ihre Positionen in Norditalien zu verbessern. In Genua zog der Linksdemokrat (DS) mit 62 Prozent in das Rathaus ein. Das war in der Stadt, in welcher es während des G8-Gipfels im Juli 2001 zu blutigen faschistischen Ausschreitungen kam, eine eindeutige Antwort auf die von Berlusconi ausgehende Gefahr der Errichtung eines faschistischen Regimes, vor der Nobelpreisträger Dario Fo öffentlich gewarnt hatte. Spitzenergebnisse erzielten die Olivenkandidaten vor einem Jahr in Ancona und Matera mit 65, in La Spezia 60 und Savonna 51 Prozent.

Grundlage Wahlbündnisse von linker Mitte mit Kommunisten

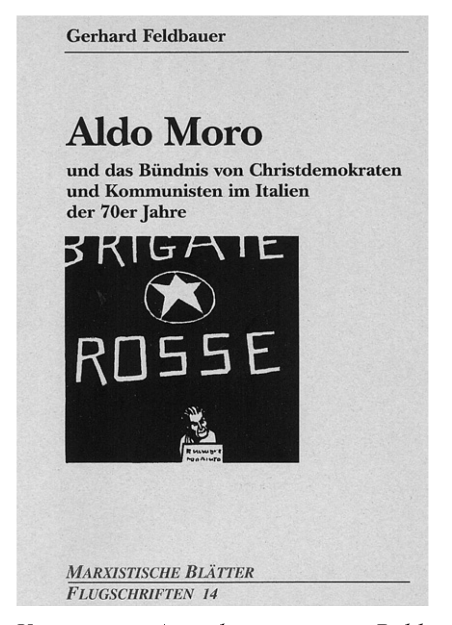
2002 waren zirka 12,3 Millionen Italiener aufgerufen, in über 960 Städten und Gemeinden, darunter 27 Provinzhauptstädte und Großstädte, die Ratspräsidenten und Bürgermeister neu zu wählen; des weiteren in zehn Provinzen die Parlamente. Das heißt, zu beiden Wahlen, bei denen Berlusconi geschlagen wurde, war die Hälfte der Italiener aufgerufen. Wie Wahlanalysen aussagen, haben nicht wenige, die bei den Parlamentswahlen 2001 noch für ihn votierten, gegen ihn gestimmt.

Grundlage der beiden Wahlerfolge ist vor allem, dass die Parteien der linken Mitte und Rifondazione Comunista in den meisten Städten und Provinzen mit gemeinsamen Wahllisten antraten. Während voriges Jahr im Süden noch Berlusconis Forzapartei und die AN-Faschisten dominierten, wurden sie diesmal auch in ihren Hochburgen von Olivo geschlagen. Trompetete Berlusconi noch vor einem Jahr offen, den Linken und dem Zentrum wie im Mai 2001 bei den Parlamentswahlen eine Niederlage beizubringen, hielt er sich jetzt mit derartigen Parolen zurück und behauptete statt dessen, den „örtlichen Wahlen“ komme keinerlei zentrale Bedeutung zu. Im Gegensatz dazu griff er persönlich massiv in den Wahlkampf ein, weil er eine weitere Niederlage befürchtete und glaubte, diese abwenden zu können.

Berlusconi erneut der Korruption angeklagt

Das erfolgte zur gleichen Zeit, da der Premier erneut von einem Mailänder Gericht wegen Korruption und Bestechung angeklagt wurde und persönlich zur Vernehmung erscheinen musste. Um einer Verurteilung zu entgehen, setzte Berlusconi mit seiner Parlamentsmehrheit ein Gesetz durch, das ihm während seiner Amtszeit Immunität gewährt und vor Strafverfolgung schützt. Sollte er die Legislaturperiode bis 2006 durchstehen, werden die Anklagen gegen ihn verjährt sein. Verfassungsrechtler charakterisieren das Gesetz als verfassungswidrig. Die Bestätigung durch den Präsidenten steht noch aus. Auf die Anklage reagierte Berlusconi mit einer neuen wüsten antikommunistischen Hetze, in der er die gegen ihn ermittelnden Juristen als „rote Richter“ diffamierte, die ihn stürzen und einem „kommunistischem Regime“ an die Macht verhelfen wollten. In wüsten Beschimpfungen erging er sich gegen den Vorsitzenden der Demokraten, Roman Prodi, derzeit EU-Kommissionspräsident, der bereits als Bewerber für das Amt des Ministerpräsidenten für die Parlamentswahl im Frühjahr 2006 gilt. Prodi hatte 1996 das Olivenbündnis begründet und die profaschistische Koalition geschlagen. Berlusconi diffamierte ihn als Anhänger „der kommunistischen Doktrin“.

Der erneute Wahlerfolg zeigt, dass Berlusconis rigoroser Demokratie- und Sozialabbau auf wachsenden Widerstand stößt, dessen tragende Kraft die Arbeiter sind. Dass sich der reichste Kapitalist des Landes rücksichtslos über Recht und Gesetz hinwegsetzt, stößt aber zunehmend auf Ablehnung auch unter den Mittelschichten und Intellektuellen des Landes. In den Strassen von Rom spricht man offen darüber, dass Italien derzeit von einem wegen Steuerhinterziehung, Korruption, Beamtenbestechung, illegalen Kapitaltransfers und anderer schwerwiegender krimineller Delikte angeklagten Politiker regiert wird. Ein halbwegs auf Seriosität bedachtes Unternehmen würde einen solchen Mann noch nicht einmal als Pförtner einstellen, machen Oppositionelle gegen den Premier geltend.



Von unserem Autor liegt eine neue Publikation vor: „Aldo Moro und das Bündnis von Christdemokraten und Kommunisten im Italien der 70er Jahre“. Flugschriften der Marxistischen Blätter, Heft 14. Neue Impulse Verlag. Essen 2003

Journalistenstreik gegen Unterdrückung der Pressefreiheit

Vom wachsenden Widerstand zeugte zwei Tage nach der Wahl am 11. Juni ein Journalistenstreik, zu dem der Nationale

Presseverband aufgerufen hatte. Die Streikenden protestierten gegen die Unterdrückung der Presse- und Informationsfreiheit durch den Premier. In einer Resolution verwies der Presseverband auf das Medienmonopol über das Berlusconi als Besitzer nahezu aller privaten Fernsehsender und 40 Prozent aller Presseerzeugnisse verfügt, und der nun als Premier auch die staatliche Rundfunk- und Fernsehanstalt RAI seiner rigorosen Kontrolle unterworfen hat und dort jegliche Kritik an seiner Regierung abwürgt. Ein Anlass des Streiks war, dass Berlusconi persönlich in der RAI Nachrichten lanciert hatte, seine Koalition habe die Wahlen gewonnen. Des weiteren habe der Premier auf die Direktion der für ihre regierungskritischen Berichte bekannten größten italienischen Tageszeitung „Corriere della Sera“ (Auflage 600.000) Druck ausgeübt, den Chefredakteur Ferrucio Bortoli zu entlassen, weil dieser ihn persönlich öffentlich kritisierte. „Die Pressefreiheit ist ein Grundrecht, das von der Verfassung garantiert wird und ein Grundprinzip der Demokratie“, hieß es in der Erklärung. Der Chefredakteur der Parteizeitung der Linksdemokraten „Unita“, Furio Colombo, schrieb, dieses Grundrecht sei bereits grundlegend ausgehebelt und prangerte an, Italien entwickele sich unter Berlusconi „immer mehr zu einer Mediendiktatur“.

Die nächste Kraftprobe steht Berlusconi bei einem Referendum zur Verteidigung des Kündigungsschutzartikels 18 des Arbeitsstatuts ins Haus, zu dessen Beseitigung er ein Gesetz erlassen hat.

Gerhard Feldbauer ■

Donnerstag vor Gericht, Montag im Hörsaal

Weitere Demonstrationen gegen Mesut Yilmaz an der Ruhr-Uni

Am Montag und Dienstag, den 16. und 17. Juni kommt der ehemalige türkische Ministerpräsident Mesut Yilmaz erneut für zwei Veranstaltungen an die Ruhr-Universität und ins Haus der Geschichte. Der AStA der Ruhr-Uni und das Bündnis für Menschenrechte planen in den kommenden Tagen zahlreiche Informationsstände und Protestaktionen gegen den aufgrund schwerer Menschenrechtsverletzungen umstrittenen Gastprofessor.

Egal ob er im Amt oder gerade in der Opposition war, hat Mesut Yilmaz stets den Krieg gegen die kurdische Bevölkerung forciert, zudem werden ihm Korruption und Verbindungen zur Organisierten Kriminalität vorgeworfen. Zur Zeit muß sich Yilmaz einem Untersuchungsausschuss des türkischen Parlaments stellen, der Korruptionsvorwürfe im Rahmen der Privatisierung der staatlichen Erdölgesellschaft untersucht. Yilmaz soll einem Bankier massiv Gewalt angedroht haben, um ihn aus der Privatisierung herauszudrängen.

Umstrittener Gastprofessor erneut in Bochum

„Unsere Kritik an der Person Yilmaz lässt sich an einem einfachen Beispiel zeigen“, so Thilo Machotta vom AStA-Referat für Öffentlichkeitsarbeit. „Am heutigen Donnerstag muß Yilmaz sich in der Türkei für seine Verbrechen verantworten und am Montag gibt er bei uns den honorigen Gastprofessor.“ Mit Yilmaz über die europäische Integration der Türkei und die Anpassung an westliche Menschenrechtsstandards zu sprechen sei vergleichbar damit, sich von Altkanzler Kohl über den korrekten Umgang mit Parteispenden informieren zu lassen, so der Bochumer AStA weiter.

In den kommenden Tagen sind zahlreiche Infostände und Protestaktionen in der Bochumer Innenstadt und an der Ruhr-Universität geplant, an denen sich der AStA beteiligt: Am Samstag steht das Bündnis für Menschenrechte von 12-22 Uhr in der Kortumstraße mit einem Infostand, an dem auch Unterschriften gesammelt werden. Am Montag wird der Stand an der Uni aufgebaut, wo er von 10-16 Uhr vor dem Studierendenhaus steht. Am Montag abend findet der Gesprächskreis mit Yilmaz im Beckmannshof (südlich der Uni im Lottental gelegen) statt. Das Bündnis trifft sich am Montag um 17 Uhr am Studierendenhaus zu einer Demonstration zum Beckmannshof, wo um 17.30 Uhr eine Kundgebung stattfindet.

Am Dienstag abend hält Yilmaz erneut einen öffentlichen Vortrag in der Stadt. Als Protestaktion ist eine Kundgebung am Husemannplatz um 16 Uhr mit einer anschließenden Demonstration zum Haus der Geschichte (Celemensstraße) geplant.

Bei beiden Demonstrationen wollen die DemonstrantInnen mit Trommeln und Instrumenten ihrem Protest lautstark artikulieren.



Ausländerbehörde schiebt Roma aus Rumänien ab

FRANKFURT. Nicolaie Cirpaci, ein achtundsechzigjähriger Mann, wurde am 5.6.03 abgeschoben. Herr Cirpaci hatte die Vormundschaft für zwei Enkelkinder (10 und 7 Jahre), die regelmäßig die Tagesstätte Schaworalle besuchen. Gemeinsam mit seiner Frau Elena Caldaras nahm er verantwortungsvoll und zuverlässig die Vormundschaft für die Kinder wahr. Ein drittes Enkelkind (10) lebt ebenfalls in der Familie.

In einer Nacht- und Nebelaktion wurde die gesamte Familie um 6.00 Uhr aus den Betten gerissen und festgenommen. Die Großmutter und die Kinder wurden erst am Mittag freigelassen. Ungeachtet des Schutzes der Familie kam Nicolaie Cirpaci, der seit vielen Jahren in Deutschland lebt und dessen Reiseunfähigkeit aufgrund ernsthafter Erkrankungen mehrmals bestätigt wurde, direkt in Abschiebehaft und wurde gleichentags nach Rumänien abgeschoben.

Der Förderverein Roma protestiert nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Wahrung des Kindeswohls und des Schutzes der Familie gegen die Entscheidung und die Vorgehensweise der Abschiebung und fordert erneut ein Bleiberecht für Roma aus Rumänien.

Presseerklärung des Förderverein Roma vom 6.6.03 ■

Kehrtwende in der Kölner Flüchtlingspolitik in Sicht?

KÖLN. Mit der Gründung eines „Runden Tisches für Flüchtlingsfragen“ und der Neuausrichtung der Flüchtlingsunterbringung in Köln durch die neue Schwarz-grüne Ratsmehrheit sieht die PDS-Offene Liste erste positive Ansätze für ein Umdenken und eine humanere Praxis in der Kölner Flüchtlingspolitik.

Ratsmitglied Sengül Senol: „Wenn auch die Kehrtwende in der Flüchtlingspolitik durch Schwarz/Grün noch nicht ganz vollzogen ist, so sind ihre ersten Schritte dennoch richtig und müssen beharrlich weiter gegangen werden. Neben der problematischen Notunterbringung müssen nachhaltig Menschenrechtsverletzungen ausgemerzt werden. Es ist für mich unentschuldbar, wie Aufenthaltserlaubnisse verschleppt und verweigert werden oder die Rolle der Amtsärzte im Zwielicht bleibt.“

Die PDS-OL-Gruppe drängt auf eine deutliche Verkürzung der Erstaufnahme in den Notunterkünften und besteht darauf, die Flüchtlingsfamilien sofort in dezentral gelegene Wohnungen menschenwürdig und kinderfreundlich unterzubringen. *PDS Offene Liste Köln* ■

Bundeswehr gegen Migranten

Die neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ sehen möglichen Einsatz der Armee gegen Flüchtlinge vor

Seit dem 21. Mai 2003 stellen „zunehmende Migrationsbewegungen“ ein Sicherheitsrisiko dar, das unter Umständen militärisch beantwortet werden muß. Ein solches Szenario sehen die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ vor, die Bundesverteidigungsminister Peter Struck (SPD) vor zwei Wochen in Berlin vorstellte.

Die von den Richtlinien angestoßene öffentliche Diskussion beschränkte sich bislang weitgehend auf den Streit um den Fortbestand der Wehrpflicht und die Schließung von Bundeswehrstandorten. Der Schwerpunkt der Richtlinien, der auf dem forcierten Umbau der Bundeswehr zu einer international operierenden Interventionsarmee liegt, wurde in den bürgerlichen Medien dagegen kaum thematisiert. Eine öffentliche Debatte über den aggressiven Anspruch der Bundeswehrführung und ihres Ministers fand so gut wie gar nicht statt. Dabei formulierte Struck diesen Anspruch ganz ohne Umschweife. Verteidigung, so Peter Struck in seiner auch im Internet (www.bundeswehr.de) nachzulesenden Rede am 21. Mai, umfasse heute „weit mehr als die herkömmliche Verteidigung an der Landesgrenze. Unsere Sicherheit wird auch an anderer Stelle dieser Erde verteidigt. In der heutigen Welt gibt es keine nationalen Friedensoasen mehr. Verteidigung läßt sich geografisch nicht mehr begrenzen.“

Das geforderte Recht der Bundeswehr zur grenzenlosen Intervention ist nicht neu. Neu ist dagegen, daß als Gründe für ihren Einsatz nicht nur die Bedrohung weltweiter ökonomischer Interessen Deutschlands, der „internationale Terrorismus“ und die „organisierte Kriminalität“ gelten, sondern inzwischen auch „zunehmende Migrationsbewegungen“. Unter Punkt 25 vermerken die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“: „Die Lösung der vielfältigen regionalen Krisen und Konflikte bleibt von herausragender Bedeutung für Sicherheit und Stabilität im europäischen und globalen Rahmen. Ungelöste politische, ethnische, religiöse, wirtschaftliche und gesellschaftliche Konflikte wirken sich im Verbund mit dem internationalen Terrorismus, mit der international operierenden organisierten Kriminalität und den zunehmenden Migrationsbewegungen unmittelbar auf die deutsche und europäische Sicherheit aus. Ihnen kann nur durch ein umfassendes Sicherheitskonzept und mit einem System globaler kollektiver Sicherheit begegnet werden.“

Könnte es dabei, fragte junge Welt beim Verteidigungsministerium nach, beispielsweise um das folgende, nicht gänzlich unrealistische Szenario gehen? In der Ukraine brechen Ökonomie und staatlicher Apparat zusammen, die Polizei hat sich aufgelöst, Plünderungen, Raub, Gewalt bestimmen den Alltag. Zehntausende Menschen brechen nach Westen auf. An der Grenze zu Rumänien stellen sich den Autotrecks Bundeswehrsoldaten entgegen. Mit vorgehaltenen Maschinenpistolen und aus Panzern heraus stoppen sie die Spitzen der Konvois, schweres Gerät kommt zum Einsatz, Straßen werden aufgerissen und unpassierbar gemacht. Oberstleutnant Michael Kötting vom Pressestab des Verteidigungsministeriums bestätigte nach anfänglichem Zögern, daß, „wenn alle anderen Politikfelder nicht greifen, auch die Bundeswehr in solchen Fällen zum Einsatz kommen könnte“.

Daraus folgt, daß die Armeeführung in Deutschland militärische Maßnahmen gegen Migranten und Flüchtlinge nicht nur für den Fall eines laufenden Krieges ins Kalkül zieht – so wie im Krieg gegen Jugoslawien praktiziert -, sondern auf die „zunehmenden Migrationsbewegungen“ ausweitet und Waffengewalt gegen Migranten als Verteidigungspolitik legitimiert. Der Generalinspekteur der Bundeswehr ist beauftragt, die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ bis Ende des Jahres in konkrete militärische Strategien umzusetzen.

Albrecht Kieser ■

Die Freiheit lässt sich nicht erbitten, sie muss erkämpft werden!

Tag gegen Abschiebung und Abschiebeknäste

am Sonntag, 29. Juni, in Rottenburg Demonstration zum Abschiebegefängnis

ROTTENBURG. In dem bei Tübingen gelegenen Rottenburg am Neckar, der Stadt der schwäbischen Maultasche, befindet sich inmitten schwäbischer Idylle die Justizvollzugsanstalt. Darin befinden sich 17 Abschiebehaftcontainer für je 3 Häftlinge. Damit steht in Rottenburg neben Mannheim der zweite Abschiebeknast innerhalb von Baden-Württemberg. Jede Zelle hat eine Grundfläche von 16 qm. Oft gelangen Gefangene direkt aus dem Regelstrafvollzug in Abschiebehaft oder werden direkt aus der „normalen“ JVA abgeschoben.

Migration findet statt – egal, was in Deutschland Politik, Wirtschaft und Bevölkerung unternehmen und sich ausdenken, um diese zu verhindern. Menschen fliehen vor politischer Verfolgung, Kriegen oder wirtschaftlichen Miseren, die die Regierungen der westlichen Industriestaaten zum erheblichen Teil mit zu verantworten haben. Sie fliehen um zu überleben und weil sie körperlich und seelisch unversehrt bleiben wollen. Es sind die gleichen Wünsche, die nach einem Leben unter lebenswürdigen Bedingungen, welche jeder deutsche Staatsbürger für sich in Anspruch nimmt. Nach ihrer Ankunft in Deutschland wird ihnen die Hoffnung auf ein möglicherweise besseres Leben jedoch schnell genommen. Sie müssen unzählige bürokratische Hindernisse überwinden, diskriminierende Auflagen erfüllen und unterliegen einem generellen Arbeitsverbot. Solange ihr Asylverfahren läuft, wird ihnen vorgeschrieben, wo sie zu wohnen haben – in Sammellagern, nicht selten isoliert am Stadtrand. Ihre Bewegungsfreiheit wird dank Residenzpflicht auf den jeweiligen Landkreis eingeschränkt. Sie können ihre Nahrung nicht frei wählen; je nach Kreis erhalten sie Fresspakete oder Gutscheine für vorgeschriebene Supermärkte. Wird ihr Asylantrag abgelehnt und bestehen nach geltendem Recht keine Abschiebehindernisse, können sie abgeschoben werden – zurück in die Situation, aus der sie geflohen sind.

Menschen, deren Asylantrag abgelehnt wurde oder die bislang eine sog. Duldung besaßen, werden, wenn die Befürchtung besteht, dass sie sich der Abschiebung widersetzen könnten, in eine bis zu 18 Monate dauernde Abschiebehaft genommen. Andere Abschiebehäftlinge sind ohne gültige Aufenthaltspapiere als „Illegale“ verhaftet worden. Diese Fahndungserfolge sind nicht nur der Arbeit der Polizei zu verdanken, sie kann nur dank der tatkräftigen Mithilfe der deutschen Bevölkerung funktionieren. Deswegen geht es am 29. Juni nicht nur um die Politik, die von den Herren Schily, Beckstein oder Schäuble verkörpert wird, sondern gerade um die normalen Deutschen und welches Bild sie sich von „Illegalen“ und „Asylbewerbern“ machen.

Abschiebeknäste sind brutale Abschottungseinrichtungen für Menschen, die in der Logik von Ausländerbehörden, HaftrichterInnen und Polizei als abgelehnte AsylbewerberInnen, aussortierte ArbeitsmigrantInnen oder ehemals geduldete Kriegsflüchtlinge nur eins sind: Unerwünschte, weil nicht gebrauchte und potentielle Illegale. Revolten und Hungerstreiks sind die drastischen, aber regelmäßigen Versuche, aus der Gefangenschaft zu entkommen und gegen die zermürbende Ungewissheit zu protestieren. Mit diesen Kämpfen, mit denen sich Abschiebehäftlinge selbst gegen die nicht nachvollziehbare und unmenschliche Internierung zur Wehr setzen, wollen wir uns ausdrücklich solidarisieren!

In einigen anderen Bundesländern gibt es sog. „Ausreisezentren“. Diese sind laut Aussage des hiesigen Innenministeriums für Baden-Württemberg vorerst nicht geplant, da erst die Erfahrungen der anderen Bundesländer abgewartet werden sollen. Dass hier diese Einrichtungen von gefängnisähnlicher Art, in denen auf Flüchtlinge so lange psychischer Druck ausgeübt werden soll, bis sie „freiwillig“ ausreisen oder in die Illegalität abtauchen, noch nicht errichtet werden sollen, liegt vermutlich daran, dass das bestehende Abschiebesystem relativ reibungslos funktioniert. Dass Ausreisezentren vorerst noch nicht gebaut werden, ist noch lange kein Grund zur Beruhigung. Denn nach wie vor bestehen Abschiebegefängnisse wie das in Rottenburg weiter. Auch könnte in Zukunft dank einer unheiligen Allianz von Politik und weiten Teilen der Bevölkerung der Wunsch nach Schlimmerem aufkommen.

Um zu verhindern, dass beim Neckarfest in Rottenburg nicht nur Friede, Freude, Eierkuchen herrscht und damit Abschiebegefängnisse in Rottenburg und sonst wo keine Zukunft haben, wird am 29. Juni demonstriert und agiert werden.

Allen Menschen steht das Recht zu, selbst zu bestimmen, wo und wie sie leben wollen!

Rassistische Sondergesetze abschaffen!
Schluss mit rassistischen Kontrollen!
Recht auf Legalisierung!
Keine Abschiebungen, Abschiebegefängnisse und Abschiebelager – nirgendwo!

Es rufen auf (bisher): Tübinger Initiative „kein mensch ist illegal“, Zentralamerikakomitee (ZAK), Bündnis gegen Abschiebehaft Tübingen, ABC R.T.S. (Anarchist Black Cross)

Kontakt: VMGA – Vereinigte Maultaschen gegen Abschiebung, R. Kaltenmark, Brunnenstraße 10, 72074 Tübingen ■

„Es gibt keine Kurden, Euch gibt es gar nicht !“

Abschiebeknast Glasmoor: Erniedrigungen und Hungerstreiks

Am Rande des traditionellen Sonntagsspazierganges zum Abschiebeknast Glasmoor in Norderstedt-Glashütte, berichteten kurdische Gefangene einmal mehr von erniedrigenden Befragungen durch Mitarbeiter der Hamburger Ausländerbehörde. Zuvor hatten rund 15 DemonstrantInnen erneut gegen Abschiebehaft und Ausländergesetze protestiert.



In mehreren Sprachen solidarisierten sich die Angehörigen der Glasmoorgruppe, des Hamburger Flüchtlingsrats und Norderstedter Initiativen zunächst mit den Gefangenen und berichteten ihnen von laufenden Protestaktionen in der Hansestadt. Doch schnell ergriffen auch einige der Häftlinge das Wort: „Sie sagen: ‚Ihr seid keine Menschen, Ihr seid Tiere.‘“

Mehrere Gefangene sind unter anderem wegen solcher Erniedrigungen in den Hungerstreik getreten, einige verweigerten die Nahrungsaufnahme über eine Woche. Nicht zum ersten Mal berichteten sie dabei, dass es für die Hungerstreikenden fast keine medizinische Hilfe gibt: „Der Doktor fühlt den Puls, sonst nichts.“ Ein türkischer Gefangener, der nicht selber am Fenster des Containerknastes erschien, habe etwa vier Wochen beinahe nichts zu sich genommen. Als er jetzt wieder angefangen habe zu essen, konnte er nichts „bei sich behalten“. Mitgefangene berichteten, dass sich der Mann in dramatischer Verfassung befinde. Eine medizinische Begleitung seines Protestes konnten die Häftlinge auch hier nicht beobachten.

„Das Schlimmste“, riefen sie den DemonstrantInnen in kurdischer und deutscher Sprache zu, „sind die Männer von der Ausländerbehörde.“ Anscheinend kommen sie an jedem Mittwoch gegen 9 Uhr in die Zellen, um asylrechtliche Befragungen durchzuführen. Dabei scheint es regelmäßig zu schlimmsten Beleidigungen zu kommen. Ein Gefangener zitiert die „freundlichen Beamten“ mit den Worten: „Ihr seid Tiere, Ihr seid Terroristen“, und: „Es gibt keine Kurden, Euch gibt es gar nicht, auf keiner Karte steht etwas von Kurden“. Der Gefangene weiter: „Sie wissen genau, dass sie uns damit treffen können. Sie wollen uns erniedrigen.“

Daher kam der Appell einer Angehörigen nicht überraschend, als sie den Schließern durch das Megaphon zurief: „Behandelt sie endlich wie Menschen, sie sind Menschen, genauso wie Ihr !“ Anschließend übernahmen ihre Kinder den Lautsprecher und grüßten den Vater: „Halte durch, wir hoffen, dass Du bald wieder aus dem Gefängnis kommst !“ ■

Quelle: eigene; Glasmoorgruppe im Hamburger Flüchtlingsrat; Nadelstiche

Solidarität mit Akubo A. Chukwudi Kommt zum Prozess am 27.06.03 vor dem Landgericht Dortmund

DORTMUND. Im Sommer letzten Jahres wurde der langjährige Aktivist der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen, Akubo A. C., Opfer einer Polizeikontrolle. Die Kontrolle scheint wie in unendlich vielen anderen Fällen rassistisch motiviert gewesen zu sein, da keine konkreten Verdachtsmomente vorlagen.

Protest von Seiten Akubo A. C.s wurde mit festgezogenen Handschellen und Verbringung auf die Polizeiwache beantwortet. Protest wegen starker Schmerzen durch die Handschellen wurde von den Beamten ignoriert. Akubo A. C. wurde auf der Polizeiwache als „großer Krimineller“ bezeichnet. Er mußte sich nackt ausziehen und das Recht seinen Anwalt anzurufen wurde ihm verweigert.

Später wurde er von den Beamten wegen Beleidigung angezeigt und vor dem Amtsgericht Hamm zu einer Geldstrafe verurteilt. Akubo A. C. hatte in dem Prozess keine anwaltliche Vertretung.

Akubo A. C. legte Widerspruch ein. Diesmal wird er zusammen mit seiner Anwältin, Gabriele Heinecke, für sein Recht streiten und gegen die Verdrehung von Opfer und Täter kämpfen. ■

Unterstützt Akubo A. C. und kommt am 27. Juni 2003 zum Prozeß: Landgericht Dortmund 11 Uhr, Zimmer 101, 1. Stock

KARAWANE

Für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen



Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Verfassungstreu?

Junge Freiheit Nr. 23/03 vom 30. Mai 2003

Hans Helmuth Knütter hatte in der Ausgabe 21 des Blattes „die Totalitarismustheorie zur Disposition gestellt. Zumindest ihre praktische Anwendung in der Bundesrepublik Deutschland. Der antitotalitäre Konsens, in Westdeutschland geboren aus der doppelten Lehre aus Kommunismus und Nationalsozialismus, sei schon lange von links aufgekündigt worden," erklärt Chefredakteur Dieter Stein. Knütter erklärte, dass „der Antitotalitarismus in der Praxis gescheitert" sei. Und er kam zu dem Schluss, die „Rechten" sollten sich nicht mehr „einreden lassen, sie müssten sich auch nach rechts abgrenzen". Dies ist seit Jahren Praxis. Die Verbindungen zwischen den Rcchten aller Schattierungen sind vielfach dokumentiert. Doch nun kommt Dieter Steins Problem: Das Blatt führt eine Klage gegen den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz. Wenn der Aufruf zur offenen Zusammenarbeit aller Neonazi- und rechtskonservativen Strömungen so bestehen bleibt, ist die Aussicht für die Klage schlecht. Also muss er sich rauswinden: „Wenn er (Knütter, d. Red.), mit den ‚Rechten' die Unionsparteien meint, die mit ihrem Prinzip Schluss machen sollten, dass rechts von der CDU/CSU keine demokratisch legitimierte Kraft geduldet werden dürfe und Unions-Politiker deshalb teilweise rabiater nicht nur gegen jede nur mögliche konservative oder rechte Alternative vorgehen, als dies SPD-Verantwortliche tun, so muss man ihm voll zustimmen ... Leidenschaftlich widersprechen muss man jedoch seiner Absage an den Antitotalitarismus, der, weil er von links aufgekündigt werde, nun auch locker rechts über Bord geworfen werden könne." Soweit Dieter Stein. Diese Aussage hält das Blatt aber nicht davon ab, den erneuten Einzug der DVU in die Bremer Bürgerschaft mit einem Kandidaten positiv zu kommentieren. In einem Interview erklärte Jan Timke, Kandidat der Schill-Partei „Rechtsstaatliche Offensive", das Wahlergebnis von 4,34% landesweit sei gut, es sei „einfach Zeit für eine neue Partei" und kündigte die Kandidatur der Partei bei den Kommunalwahlen in Bremerhaven an: „Dort hat sich gezeigt, dass zehn bis zwölf Prozent der Wählerinnen und Wähler rechtskonservativ denken. Deshalb haben wir dort in sechs Monaten ... sehr gute Chancen, in den Magistrat einzuziehen."

Ein Schwerpunkt der Ausgabe ist erneut die Auseinandersetzung um das Buch von Udo Ulfkotte „Der Krieg in unseren Städten". Ulfkotte beklagt, das zahlreiche islamische Gruppen und Vereine gegen die Veröffentlichung seiner Diffamierungen gerichtlich vorgehen und er behauptet, den islamischen Glaubensgemeinschaften in der Bundesrepublik strebten ein „europäisches Kalifat" an, es gehe ihnen „um die ‚Missionierung' des Westens, notfalls mit Gewalt.

Integration gleich Anpassung

Junge Freiheit Nr. 24/03 vom 6. Juni 2003

Das Thema Migranten in der Bundesrepublik bleibt ein Dauerbrenner im Blatt. In dieser Ausgabe veröffentlicht es ein Interview mit Georg Nüßlein, Bundestagsabgeordneter der CSU aus Neu-Ulm. Er erklärt, dass „sich Minderheiten nach der Mehrheit richten müssen." Dies sei ein „fundamental demokratisches Prinzip". Vor allem sei „die Rolle der Frau bei den Muslimen ein Integrationsproblem. Nicht nur, dass sie nicht in die moderne Gesellschaft passt: Solange Frauen nicht außer Haus gehen dürfen, um beispielsweise einen Sprachkurs zu besuchen, ist Integration schwierig." Dass vor allem der Mangel an Sprachkursen und bilingualem Unterricht zu den Sprachschwierigkeiten auf beiden Seiten – bei Deutschsprachigen wie bei Türkisch oder Kurdisch sprechenden Migranten – führt, interessiert ihn nicht: „Wer bei uns leben möchte, muss auch die deutsche Sprache lernen und unser Grundgesetz akzeptieren. Wer dies nicht tut, muss ausgewiesen werden."

Der Aufsichtsratvorsitzende der Pin AG, einer Briefzustellungsunternehmen, das in Berlin und Leipzig tätig ist, berichtet, wie das Unternehmen „erfolgreich" wirtschaften kann: Die Bruttolöhne liegen bei 1500 Euro im Monat, bei einer 40-Stunden-Woche und Nichtzahlung von Weihnachts- und Urlaubsgeld. Im Unternehmen gilt ein Haustarif. Zu den Kunden gehört unter anderem das Land Berlin, das diese Regelungen als zumutbar für die Beschäftigten geprüft hat.

Möllemann-Saga

Junge Freiheit Nr. 25/03 vom 13. Juni 2003

Der plötzliche Tod Jürgen W. Möllemanns lädt zu Spekulationen ein, die das Blatt eifrig schürt. Carl Gustav Ströhm erklärt, Möllemann habe dieses Ende nicht „verdient" und der Tod habe „uns nur das zum Teil durchaus selbstverschuldete Elend des Vaterlandes ins Bewusstsein rücken lassen ... Der tote Möllemann, bei dessen Tod viele glauben, es sei nicht mit rechten Dingen zugegangen (gegen diese Vermutung wird kein Kraut gewachsen sein), könnte dann durch die List der Geschichte Auslöser von etwas geworden sein, das man heute nicht sieht und nicht kennt."

Ronald Gläser wird noch deutlicher: „Dass die Aufhebung der parlamentarischen Immunität Möllemanns der Grund für einen spontanen Selbstmord war, scheint ausgeschlossen ... Für das persönliche Umfeld Möllemanns scheidet der Freitod jedoch aus. Am wichtigsten sei ihm gewesen, das Verfahren wegen Untreue, Betrugs und Verstoß gegen das Parteiengesetz durchzustehen ... Hinzu kommt, dass er zielgerichtet an der Gründung einer neuen Partei gearbeitet hat." Das Blatt berichtet, es habe „aus gut unterrichteter Quelle erfahren", dass „die Vorbereitungen und die Finanzierung eines solchen Projektes sehr weit vorangeschritten waren."

Der 17. Juni ist Schwerpunktthema der Ausgabe. Jenseits aller historischen Dokumente interpretiert das Blatt ihn um. Wolfgang Venohr fasst zusammen: „Spätestens seit damals haben die Sowjets begriffen, dass die Teilung einer Nation auf Dauer keinen Bestand haben kann, dass die Idee der Nation stärker ist als jede Klassenideologie, dass vor allem eine Besatzungsmacht schwächer ist als das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes."

uld ■